

# **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs  
33. Bundesparteitag  
19.–22. März 1985  
Essen**

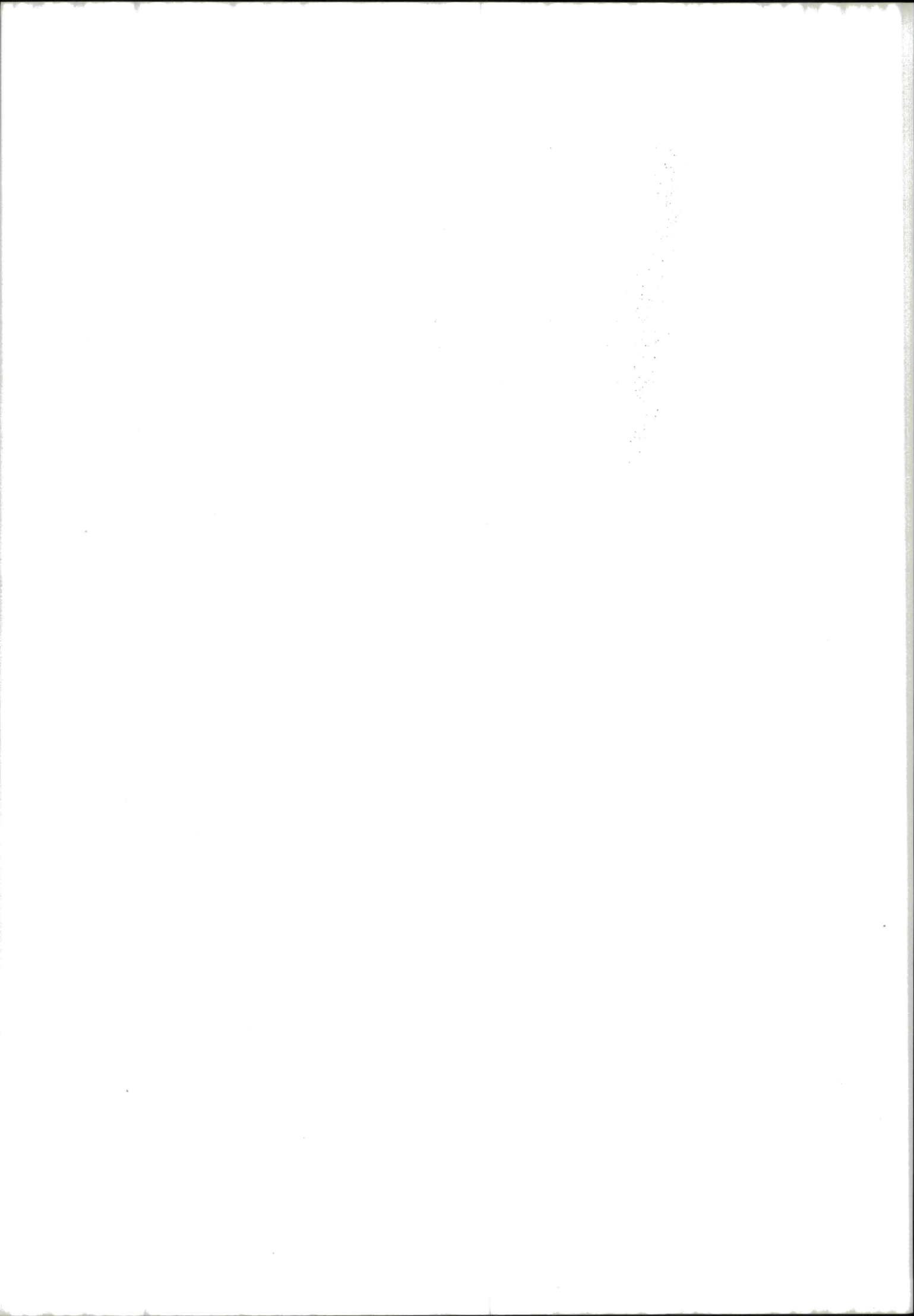






# **Bericht der Bundesgeschäftsstelle**

**Anlage zum Bericht  
des Generalsekretärs  
33. Bundesparteitag  
19.–22. März 1985  
Essen**



<b>Inhalt</b>	<b>Seite</b>
<b>Vorwort</b>	5
<b>I. Die politischen Schwerpunkte</b>	7
1. Den Frieden in Freiheit erhalten	7
2. Mit uns für Europa	10
3. Die Umwelt schützen	26
4. Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation	27
5. Die politische Auseinandersetzung mit den Grünen	27
6. Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl - eine Zwischenbilanz	28
7. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	31
8. Für eine neue Partnerschaft - Die Frau in Beruf, Familie und Politik -	33
<b>II. Parteigremien</b>	35
1. Präsidium	35
2. Bundesvorstand	35
3. Bundesausschuß	36
4. Landesgeschäftsführerkonferenz	36
5. Bundesfachausschüsse	37
6. Kommissionen	45
6.1 Zukunftskommission „Soziale Sicherung“	45
6.2 Zukunftskommission „Jugend“	45
6.3 Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU	46
6.4 Europawahl-Kommission	47
6.5 Kommission „Leitsätze zur Frauenpolitik“	47
6.6 Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“	47
6.7 Kommission „Ladenschluß“	47
7. Bundesparteigericht	47
<b>III. Die Bundesgeschäftsstelle</b>	49
1. Personal/Verwaltung	49
1.1 Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle	49
1.2 Parteifinanzierung	49
2. Politik	50
2.1 Planungsgruppe	50
2.2 Hauptabteilung Politik	50
3. Öffentlichkeits- und Pressearbeit	54
3.1 Werbemittel	54
3.2 Bildschirmtext	56
3.3 UiD	57
3.4 Deutsches Monatsblatt	57
3.5 Pressearbeit	58
4. Organisation	58
4.1 Veranstaltungen	58
4.2 Bundesrednereinsatz	59
4.3 Parteiorganisation	60
4.4 Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes	61
<b>IV. Mitgliederentwicklung</b>	64



# Vorwort

*Der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle zum 33. Bundesparteitag gibt einen Überblick über die Arbeit der Bundespartei seit Mai 1983.*

*Die CDU hat sich in diesen zwei Jahren den neuen Aufgaben als verantwortliche Regierungspartei gestellt und die Bundesregierung Helmut Kohl wirkungsvoll unterstützt. Durch eigene programmatische Initiativen und politische Schwerpunkte sowie durch eine laufende Verbesserung der Parteiorganisation hat die CDU — als Partner in einer Koalitionsregierung — ihr eigenständiges Profil als große Volkspartei verdeutlicht:*

- In über 10.000 Friedenstagen zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ wurden 3,5 Millionen Bürger direkt angesprochen. Damit war die CDU die einzige politische Partei, die einen eigenständigen Beitrag zur Friedensdiskussion geleistet hat.*
- Aus der Europawahl 1984 ging die Union als die mit Abstand stärkste politische Kraft in Europa hervor.*
- Die CDU hat in mehreren breit angelegten Informationskampagnen die Leistungen der Bundesregierung dargestellt und den Bürgern nähergebracht.*
- Die CDU hat als einzige Partei eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Grünen begonnen. Sie beantwortet damit die Herausforderung, die durch das politische Bündnis der Sozialdemokraten mit den Grünen für unsere Demokratie besteht.*

*Diese politischen Themen sind von der Bundesgeschäftsstelle inhaltlich ausformuliert, öffentlichkeitswirksam dargestellt und organisatorisch umgesetzt worden. Damit hat die Partei eine eigenständige Aufgabe neben ihrer Funktion als Regierungspartei übernommen und überzeugend ausgestaltet.*

*An dieser Stelle sei allen Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus ein herzlicher Dank gesagt. Ihr täglicher Einsatz hat wesentlich zum Erfolg der Partei beigetragen. In diesen Dank eingeschlossen sind auch die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter auf allen Ebenen der Partei - für ihren persönlichen Einsatz wie für ihre Bereitschaft zur guten Zusammenarbeit.*

*Die Union verfügt über die personelle und programmatische Stärke und Geschlossenheit, um über lange Jahre hinweg eine solide Politik für Deutschlands Zukunft gestalten zu können. Diesem Ziel bleibt auch unsere künftige Arbeit im Blick auf die Bundestagswahl 1987 verpflichtet.*

*Dr. Heiner Geißler* MdB  
Generalsekretär

*Peter Radunski*  
Bundesgeschäftsführer





# I. Die politischen Schwerpunkte

## 1. Den Frieden in Freiheit erhalten

Die CDU hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 die Auseinandersetzung über den richtigen Weg in der Friedenssicherung nicht nur im Parlament, sondern auch überall im Lande im direkten Gespräch mit unseren Mitbürgern geführt.

In der Zeit vom 8. Juni 1983 bis zum 4. Februar 1984 haben insgesamt 10.164 Veranstaltungen zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ stattgefunden, wodurch die CDU etwa 3,5 Millionen Bürger direkt ansprechen konnte.

Vertreter der örtlichen Friedensinitiativen sowie der beiden Kirchen, der Bundeswehr oder der Gewerkschaften und der verschiedenen Jugendgruppen wurden gezielt und bewußt von der CDU zu diesen Veranstaltungen eingeladen, so daß auch wirklich ein Dialog und ein kontroverses Gespräch zustande kam und zahlreiche Bürger angesprochen wurden, die normalerweise nicht an Parteiveranstaltungen der CDU teilnehmen. Dadurch konnte die CDU die Chance wahrnehmen, viele Vorurteile, übertriebene Ängste sowie Unwissenheit in sicherheitspolitischen Fragen abzubauen und der teilweisen Verunsicherung in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik entgegenzutreten.

In zwei zentralen Veranstaltungen der Bundespartei wurden Grundfragen der Friedenspolitik ausführlich erörtert:

### – **Drittes Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch am 27. September 1983**

Unter dem Vorsitz des Moralthologen und Rektors der Bonner Universität, Professor Dr. Franz Böckle, führten die beiden CDU-Mitglieder, der Fernsehjournalist Dr. Franz Alt und der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, ein Streitgespräch über das Thema: „Der richtige Weg zum Frieden – Evangelium und Friedenspolitik“. Diesem Gespräch folgte eine Plenardiskussion, an der sich ca. 60 Wissenschaftler, Publizisten, Vertreter kirchlicher Organisationen und Politiker beteiligten. An der Veranstaltung nahmen ca. 450 Zuhörer teil; sie wurde vom ZDF und fast allen dritten Programmen der ARD übertragen.

### – **Friedenskongreß am 08. November 1983**

Unter dem Motto „Europas Verantwortung für den Frieden“ wurde am 8. November 1983 im Konrad-Adenauer-Haus ein Fachkongreß zur Friedens- und Sicherheitspolitik durchgeführt. In seinem Grundsatzreferat sprach sich Bundeskanzler Helmut Kohl eindeutig für die fortdauernde Gültigkeit der NATO-Strategie der Abschreckung aus. „Freiheitssicherung ist immer auch Friedenspolitik. Und das sollten wir niemals vergessen, wenn in diesen Tagen heftig über den besten Weg zum Frieden gestritten wird, es geht für uns immer um Frieden und Freiheit.“ Neben führenden CDU-Politikern nahmen auch christdemokratische und konservative Politiker aus anderen Ländern sowie Wissenschaftler von internationalem Rang teil. Die Podiumsdiskussion wurde von Generalsekretär Dr. Heiner Geißler geleitet.

## **Aktionen und Materialien**

### **Aktionen**

Die Aktion „10.000 Friedenstage der CDU“ wurde am 19. September 1983 in Bonn durch eine Kreisvorsitzendenkonferenz, auf der auch Bundeskanzler Helmut Kohl das Wort ergriff, eingeleitet. Die CDU hat die Friedensdiskussion in Formen geführt, die einer politischen Partei gemäß sind: auf Kreisparteitagen, auf Diskussionsabenden, Parteiausschußsitzungen, in Ortsverbandsveranstaltungen, beim Straßen-Canvassing, auf Seminaren und besonderen Aktionsveranstaltungen. An einzelnen Aktionsarten wurden gemeldet:

672 Flugblattaktionen informierten Bürger kurzgefaßt über wichtige Sachfragen.

5.175 Canvassing-Aktionen (Info-Stände im Freien und Hausbesuche) brachten jenen Bürgern CDU-Argumente nahe, die nicht gerne Parteiveranstaltungen besuchen.

1.015 Plakatierungen und Anzeigenaktionen wiesen auf die Aktionen der CDU hin.

950 Vorführungen des Videofilms „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ dienten zur Hintergrundinformation.

2.352 Veranstaltungen wurden auf unterschiedlichen regionalen Ebenen, z.B. Ortsvereine und Kreisverbände, gemeldet.

### Materialien

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte die Aktionen mit Informationsmaterial, das in sehr großer Anzahl angefordert und verteilt wurde. Zusätzlich wurden dazu in den internen Informationsmitteln (UiD, Monatsblatt) zahlreiche Anregungen geliefert.

Bei allen Materialien wurde besonderer Wert auf sachliche und argumentative Information gelegt, die sich bewußt von der polemischen Agitation der selbsternannten Friedensbewegung absetzte. Zentrale Argumentationsmaterialien waren eine vierseitige Aktionszeitung, die in 3.387.250 Exemplaren verteilt wurde, und ein Argumentationsfaltblatt in einer Auflage von 918.000 Exemplaren.

In Informationsbroschüren wurden Einzelthemen und Reden zusammengefaßt. Diese wurden in einer Gesamtauflage von 573.590 Exemplaren verteilt. Flugblätter, Aktions- und Rahmenplakate, Aufkleber, Textilbuttons, ein Videofilm und Anzeigenvorlagen unterstützten ebenfalls die Aktivitäten der Gliederungen der CDU.

Genauere Angaben über die Aktion „10.000 Friedenstag der CDU“ waren in einer 26seitigen Dokumentation zusammengefaßt, die allen Kreisverbänden zugeschickt wurde.

### Materialien der Friedensaktion

### Auflagen

0596	CDU-Transparent „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	55
1448	Rahmenflugblatt DIN A4 „Friedenspolitik“	812.000
2446	Zeitung „CDU-extra zur Friedenspolitik“	3.387.250
2447	Faltblatt „Argumente zur Friedenspolitik“	918.000
3428	Broschüre: Friedenskongreß	12.950
3451	Broschüre: Die Friedenspolitik der CDU	95.600
3452	Broschüre: Wir wollen frei sein und frei bleiben	90.050
3453	Broschüre: Gemeinsam den Frieden sichern	85.570
3454	Broschüre: Die Überrüstung der Sowjetunion	87.700
3455	Broschüre: Die SPD steigt aus	85.800
3456	Broschüre: Gibt es Frieden ohne Freiheit?	86.220
3466	Rede H. Kohl „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	9.900
3467	Rede H. Geißler „Krieg verhindern, Frieden sichern“	9.800
3471	Rede M. Wörner „Wege zum Frieden in Freiheit“	10.000
4468	Video-Film „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	600
8444	Rahmenplakat DIN A0 „Friedensaktion“	39.000
8445	Rahmenplakat DIN A1 „Friedensaktion“	57.600
8457	Aktionsplakat DIN A1 „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	86.450
8458	Aktionsplakat DIN A0 „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	58.600
9449	Aufkleber „Friedensaktion“	455.000
9465	Textilbutton „Friedensaktion“	101.000





Gemeinsam  
für Frieden  
und Freiheit

Argumente  
zur Friedenspolitik  
der CDU



**Gemeinsam den Frieden sichern**  
Das Atlantische Bündnis - Garant unserer Freiheit



**Die SPD steigt aus**  
Der Abschied von der gemeinsamen Sicherheitspolitik des Westens



**Gibt es Frieden ohne Freiheit?**  
Eine kritische Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung



**Die Überrüstung der Sowjetunion**  
Ziele kommunistischer Machtpolitik



**Die Friedenspolitik der CDU**  
Dokumente 1949 bis 1983



**Wir wollen frei sein und frei bleiben**  
Ethische Grundlagen unserer Verteidigungspolitik



Materialien der Aktion  
„10.000 Friedenstage der CDU“

## 2. Mit uns für Europa

Der zeitliche Ablauf des Europawahlkampfes gliederte sich in drei Phasen:

1. Die **Informations- und Einstimmungsphase** von November bis Dezember 1983  
In der Informations- und Einstimmungsphase wurden der Partei erste größere Anstöße – vor allem zur Motivation und zur inhaltlichen Vorbereitung zur Europawahl – gegeben.
2. Der **Vorwahlkampf** von Januar 1984 bis Ostern  
In der zweiten Wahlkampfphase hieß für die CDU die Devise: Aktivieren durch Informieren. Hierbei wurden alle Parteigliederungen und Funktionsträger über den Wahlkampf der CDU-Bundesgeschäftsstelle informiert.
3. Der **Hauptwahlkampf** von Ostern bis zum 17. Juni 1984  
Nach Ostern bzw. Anfang Mai begann der Hauptwahlkampf mit der Konzentration aller werblichen Aktivitäten und Großveranstaltungen. Ziel aller Maßnahmen war es, über den reinen Informationscharakter hinaus, in den letzten drei Wochen eine hohe Mobilisierung der Anhängerschaft der Union zu erreichen.

Schwerpunkte der programmatischen Aussagen waren:

1. **Europa sichert Frieden und Freizügigkeit** (Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO; Abschaffung der Grenzkontrollen; Einführung des europäischen Passes).
2. **Europa sichert Wohlstand und Arbeit** (mehr Zusammenarbeit in Forschung und Technologie).
3. **Europa sichert eine natürliche Umwelt** (Umweltschutz als europäische Gemeinschaftsaufgabe).
4. **Die europäische Einigung sichert unsere Zukunft** (Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments; Umwandlung der EG in die politische Union Europas).

Bei den Europawahlen am 17. Juni 1984 blieb die Union mit 46 % die mit Abstand stärkste Partei. Die CDU erhielt allein, also ohne die CSU, 37,5 % der Stimmen und wurde damit stärkste Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Das Wahlergebnis war auch eine Bestätigung der Bonner Regierungskoalition, denn CDU/CSU und FDP erhielten zusammen 50,8 % der Stimmen. Bemerkenswert ist, daß die Union zur stärksten politischen demokratischen Kraft in Europa wurde. In keinem EG-Land konnte eine Partei ein besseres Ergebnis als die Union erzielen. Die geringe Wahlbeteiligung – unter anderem auch in der Bundesrepublik Deutschland – bestätigt die Auffassung der CDU, daß in Europa spürbare Fortschritte erreicht werden müssen. Zu Europa gibt es für die CDU auch künftig keine Alternative.

## Die Informations- und Werbekampagne

### Spaß an Europa

Vor allem in der Anfangsphase des Wahlkampfes kam es darauf an, die Bürger auf das Thema Europa einzustimmen. Hierzu hat die CDU sich leichter, freundlicher Formen und Werbemittel bedient, die auf Grund ihres zum Teil spielerischen Charakters sehr positiv aufgenommen wurden. Hierzu zählten z. B.:

- der Europa-Kalender, der auf 12 Blättern die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie Spanien und Portugal, die ihren Beitritt beantragt haben, vorstellte,
- das Europa-Poster, auf dem das CDU-Europaschiff abgebildet war,
- das Europa-Puzzle, das ebenfalls das Europaschiff zeigte,
- der Fußballkalender zur Fußball-Europameisterschaft.

In einem Sonderteil des UiD wurden vielfältige Anregungen für Puzzlewettbewerbe und andere Aktionen gegeben.

Einige Zahlen:

Europa-Kalender	11.748 Expl.
Europa-Poster	56.600 Expl.
Europa-Puzzle	70.948 Expl.
Fußball-Kalender	1.952.350 Expl.



## Informationen für Parteimitglieder

### Sonder-UiDs zur Europawahl

Bereits Anfang November 1983 erschien der erste Sonder-UiD zur Europawahl mit politischen Stellungnahmen zu Europa, einer ersten Musterrede und ersten Werbematerialien. In den Ausgaben UiD 6/84 und 14/84 wurden die Werbe- und Informationsmaterialien der Bundesgeschäftsstelle vorgestellt sowie vielfältige Aktionstips für den Wahlkampf gegeben.

### Deutsches Monatsblatt

Ebenfalls in der November-Ausgabe des Deutschen Monatsblatt gab es einen Sonderteil zur Europawahl, in dem die Leser u.a. aufgerufen wurden, sich an einem Slogan-Wettbewerb zu beteiligen. Über 2.650 Sloganvorschläge gingen bei der Bundesgeschäftsstelle ein.

### Handbuch zur Europawahl

Mit dem Handbuch zur Europa-Wahl wurde eine ausführliche Sammlung von Materialien für die politische Argumentation vorgelegt.

## Verteilmaterialien

Die CDU hat den Europawahlkampf zu den Bürgern gebracht. Durch eine Vielzahl von Werbe- und Informationsmaterialien, die von engagierten Mitgliedern der Partei vor Ort in die Haushalte und an den Canvassingständen der Partei verteilt wurden, wurde jeder Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland mindestens einmal über die Europapolitik der CDU informiert und zur Stimmabgabe für Europa aufgefordert.

Folgende Materialien standen im Wahlkampf zur Verfügung:

- **Europa-Zeitung.** Diese vierfarbige Zeitung stellte auf acht Seiten in journalistisch und optisch ansprechender Form die Schwerpunkte der CDU-Politik für Europa dar.
- **Europa-Illustrierte.** Die Europa-Illustrierte informierte auf 12 Seiten über die Politik der CDU in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft, Umwelt, Frieden und Freizügigkeit. In Absprache mit den Landesverbänden wurden zusätzlich zur Bundesausgabe regionalisierte Ausgaben hergestellt.
- **Schlußzeitung.** Die vierseitige Schlußzeitung stellte besonders den Zusammenhang deutscher und europäischer Politik heraus. Auch von der Schlußzeitung gab es eine Bundesausgabe und Landesausgabe.
- **Kandidatenprospekte.** Die vierseitigen Kandidatenprospekte zeigten auf der Titelseite ein vierfarbiges Portrait des Kandidaten und auf der Rückseite ein Foto von Bundeskanzler Helmut Kohl, sowie einen Wahlauf Ruf des Bundeskanzlers, in dem er auf die politischen Qualifikationen der entsprechenden Kandidaten einging. In den beiden Innenseiten befanden sich die Wahlkampfaußsagen und Fotos der Kandidaten.
- **Sachprospekte und Broschüren.** In vielfältiger Form wurden wichtige Fragen und Argumente in unterschiedlichen Publikationsformen dargestellt und erläutert:
  - Argumentationsfaltblatt „12 gute Gründe für Europa“
  - Briefwahlprospekt „Europa 84“
  - Broschüre „Wahlauf Ruf“
  - Broschüre „Aktionsprogramm der EVP“
  - Broschüre „Europa lohnt sich“
  - Broschüre „Europa als Wirtschaftsgemeinschaft“
  - Broschüre „Umweltschutz – Eine europäische Aufgabe“
  - Broschüre „Die europäische Union – Ziel unserer Politik“
  - Broschüre „Helmut Kohl – Europas Einheit stärken“
  - Broschüre „Frieden, Freizügigkeit, Partnerschaft“
  - Broschüre „Wachstum, neue Technik, Arbeit“
- **Flugblätter.** Zu wichtigen grundsätzlichen und aktuellen Fragen bot die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Flugblättern an, die bei den Aktionen der Kreisverbände in sehr hoher Auflagenzahl verteilt wurden.

Nachfolgend die Auflagenzahlen der produzierten Materialien:

– Wahlkampfzeitungen und Illustrierte:	22.169.175 Expl.
– Kandidatenprospekte:	4.112.500 Expl.
– Sachprospekte:	2.792.550 Expl.
– Broschüren:	528.910 Expl.
– Flugblätter:	10.700.000 Expl.

## Plakatierung

Wahlplakate sind für den weitaus größten Teil der Bevölkerung **das** Signal, daß ein Wahlkampf stattfindet. Deshalb hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle, weitaus umfangreicher als alle anderen Parteien, eine umfassende Plakatierung wie bei Bundestagswahlen durchgeführt. Dabei konzentrierten sich sowohl die Motivwahl als auch die inhaltlichen Aussagen der Plakate klar auf Europa.

Für die kommerzielle Großflächenplakatierung wurden Plakate mit vier Motiven produziert:

- Bundeskanzler Helmut Kohl im Kreis einer Gruppe junger Menschen
- eine Gruppe diskutierender junger Menschen
- die Deutschlandflagge
- die Europaflagge

Auf den Plakaten mit den Flaggenmotiven wurde die Bedeutung der Europawahl für unser Land durch den Slogan „17. Juni. Wählt die Freiheit für Europa“ besonders hervorgehoben.

Die Bundesgeschäftsstelle belegte kommerziell ca. 46.000 Großflächen und Ganzstellen. (21.000 Großflächen für zwei Dekaden, 4.000 Ganzsäulen für eine Dekade).

Der Partei wurden folgende Plakate zur Verfügung gestellt:

- ein Plakat mit dem Bundeskanzler
- drei Motivplakate zu den Themen Umweltschutz („Mit uns für saubere Umwelt in Europa“), offene Grenzen („Mit uns für offene Grenzen in Europa“), technologischer Fortschritt („Mit uns für Fortschritt in Europa“)
- ein Plakat mit dem Motiv der deutschen und europäischen Flagge

Die Partei hat im Wahlkampf ca. 1,3 Millionen Plakate geklebt.

## Anzeigenkampagne

Im Gegensatz zu anderen Parteien hat die CDU in einer breit angelegten Anzeigenkampagne in regionalen Tageszeitungen und Kaufzeitungen breiteste Bevölkerungskreise erreicht, den Wählern ihre europapolitischen Schwerpunkte erläutert und damit zugleich für den Europagedanken geworben. Auch hier standen europäische Themen wie – offene Grenzen, Umweltschutz, Arbeitsplätze – im Vordergrund.

Mit dieser Anzeigenkampagne hat die CDU als einzige Partei dazu beigetragen, die Bürger zur Wahl aufzurufen und damit durch eine möglichst hohe Wahlbeteiligung ein klares Bekenntnis zu Europa abzugeben.

Die Kampagne umfaßte im einzelnen:

- 7 Einschaltungen in den
  - regionalen Tageszeitungen
  - überregionalen Tageszeitungen
- 8 Einschaltungen in den Kaufzeitungen (Boulevardzeitungen)
- 2 Einschaltungen in den
  - Wochenzeitungen
  - Sonntagszeitungen

Im Vorfeld der aktuellen Tageszeitungskampagnen wurden zwei Anzeigen in Programm- und Publikumszeitschriften geschaltet, die zum einen über die Briefwahl und zum anderen über die Bedeutung Europas für unser Land informierten.



## **Fernseh- und Hörfunkspots**

In den jeweils acht Sendeterminen der CDU in den beiden Fernsehanstalten sowie in den rund 60 Hörfunkterminen wurde ebenfalls Europa in den Mittelpunkt aller Aussagen gestellt. Probleme Europas, wie z. B. der Umweltschutz, die Sicherung von Frieden und Freiheit, Grenzkontrollen und Autobahngeländen, wurden zum Teil „international“, d. h. durch europäische Bürger, angesprochen und verdeutlicht.

## **TV-Spots**

Neben den Sendeterminen in ARD und ZDF wurden in diesem Wahlkampf erstmals auch durch den Sender RTL-Plus 13 Fernsehspots der CDU ausgestrahlt. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle brachte – in grober zeitlicher Reihenfolge – folgende Spots zum Einsatz:

- „Eine Hand für Europa“
- „Umwelt“
- „Aufschwung“
- „Frieden“
- „Streik“
- „Minister Blüm“
- „Schlußstatement des Bundeskanzlers“

## **Hörfunk-Spots**

Zwölf Rundfunkanstalten stellten den Parteien Sendezeiten zur Verfügung, davon entfielen auf die CDU 60 Einschalttermine. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle brachte acht unterschiedliche Spots zum Einsatz.

- Frieden und Freiheit
- Frieden und Freiheit (Ältere Leute)
- Freizügigkeit (Junge Leute)
- Freizügigkeit (Ältere Leute)
- Arbeitsplätze
- Umwelt
- Wahlauf Ruf des Bundeskanzlers

## **Videofilm „Europa“**

Mit dem Videofilm „Europa“ veranschaulichte die CDU ihre Europapolitik. Rund 15 Minuten lang zeigte der Film eine abwechslungsreiche Mischung aus gebündelten Informationen, bunten Bildern, anschaulichen Grafiken und kurzen politischen Statements von Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler.

## **Journalistenservice**

Den Journalisten stand in der Bundesgeschäftsstelle ein „Europatelefon“ für Auskünfte zur Verfügung. Es wurde ausgiebig in Anspruch genommen. Während des Wahlkampfes wurden eine Gruppe von ca. 2.300 Journalisten durch Materialsendungen der Bundesgeschäftsstelle besonders informiert. U. a. wurden verschickt: Die s/w-Portraits der Europakandidaten. Alle Journalisten erhielten die Fotos der drei besonders herausgestellten Kandidaten Klepsch, Rabbethge und Lenz. Die Journalisten in den einzelnen Bundesländern erhielten zusätzlich Portraits der entsprechenden Landeslistenkandidaten. Frauenzeitschriften und Jugendpresse erhielten Fotos der weiblichen und jungen Kandidaten. 101 Journalisten bestellten darüber hinaus zusätzlich Fotografien.

In zwei umfangreichen Servicepaketen erhielten die Journalisten sämtliche Informations- und Werbematerialien, die für den Wahlkampf produziert wurden.

Die Pressestelle organisierte in Zusammenarbeit mit der EVP und der deutschen Gruppe der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament zwei Informationsreisen für Journalisten nach Straßburg und Rom. Der Besuch in Straßburg diente der Information über das Europäische Parlament, die Reise nach Rom galt der Teilnahme am Kongreß der EVP. Im Vorfeld des Europawahlkampfes und in der heißen Phase wurden zahlreiche Pressekonferenzen und Hintergrundgespräche organisiert.

## **Direct-Marketing-Aktionen**

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat im Europawahlkampf neue Wege „indirekter“ Öffentlichkeitsarbeit beschritten: Mit Direct-Marketing-Aktionen hat sie über die Werbung mit Anzeigen, Spots und die Verteilung von Materialien hinaus ihre Politik einem breiten Bevölkerungskreis zugänglich gemacht.

### **Direct-Marketing**

Drei Direct-Marketing-Aktionen richteten sich an folgende Zielgruppen:

- eine Aussendung an Selbständige mit Ordinationsrechten mit der Bitte um Wahlkampfunterstützung
- eine Aussendung des Leitantrages zu den „Stuttgarter Leitsätzen“ an Führungskräfte aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft, Publizistik und Verbänden mit der Bitte um Stellungnahme
- eine Aussendung des Europameisterschaftskalenders an Fußballvereine mit dem Angebot, diesen Kalender kostenlos abzufordern.

## **Die Kandidaten im Wahlkampf**

### **Wahlkampf der Kandidaten**

Die Europakandidaten der CDU waren die Hauptträger des Wahlkampfes vor Ort. Sie führten einen intensiven Wahlkampf, bei dem sie auf Veranstaltungen, aber auch mit Videofilm, Plakaten und Prospekten die Bürger über ihre Aktivitäten für Europa und die Politik der CDU informierten. Insgesamt haben die Kandidaten in den letzten sechs Wahlkampfwochen zusammen weit über 9.000 Veranstaltungen durchgeführt und dabei, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Veranstaltungsformen, knapp eine Million Bürgerinnen und Bürger angesprochen.

Im Rahmen ihrer Arbeit wurden von den Kandidaten

4.112.500 Kandidatenprospekte verteilt.

130.000 Kandidatenplakate wurden geklebt.

### **Kandidatenservice**

Im Rahmen des Kandidatenservice der Bundesgeschäftsstelle wurden 46 Kandidaten betreut. Zum Kandidatenservice gehörte:

- Gelegenheit für die Kandidaten, Portraitaufnahmen von sich anfertigen zu lassen: s/w-Portraits für die Pressebetreuung und Farbportraits als Grundlage für Kandidatenprospekte und Kandidatenplakate.
- Neben der Fotoherstellung gab die Bundesgeschäftsstelle bei der Erstellung der Kandidatenprospekte weitere Hilfestellungen.
- Auf besonderen Wunsch der Kandidaten bzw. der entsprechenden Landesgeschäftsführer wurden für die Kandidaten Plakate produziert bzw. die Druckvorlagen hergestellt.
- Den Kandidaten wurde angeboten, sich einen persönlichen Vorspann für den Europavideofilm der Bundesgeschäftsstelle machen zu lassen, sowie 5 Kopien zur freien Verfügung zu erhalten. 19 Kandidaten nahmen diesen Service in Anspruch. Einige Kandidaten bestellten darüberhinaus zusätzliche Kopien.
- Von den zentralen Werbemitteln der Bundesgeschäftsstelle (Europaillustrierte, Europameisterschaftskalender und Schlußzeitung) wurden in Absprache mit den Landesverbänden Regionalausgaben produziert, die die örtlichen Kandidaten besonders vorstellten.
- Während des Wahlkampfes erhielten die Kandidaten zwei Servicepakete mit Informationen über die Werbemittel der Bundespartei und Hilfsmittel, wie z.B. Musterpresseerklärungen und Rahmenanzeigen.



## **Die CDU-Europaschiff-Tournee**

Die CDU-Europaschiff-Tournee brachte den Bürgern die Europapolitik der CDU in einer attraktiven Mischung aus Information und Unterhaltung nahe.

In der Zeit vom 27. April bis 16. Juni 1984 gingen drei Schiffe in 144 Städten der Bundesrepublik „vor Anker“: Ein Schiff fuhr auf Rhein/Main und Mosel, und zwei „Schiffe auf Rädern“ von je 13 Metern Länge machten auf öffentlichen Plätzen und in Fußgängerzonen Station. Bei den „Schiffen auf Rädern“ handelte es sich um Tieflader, auf denen in Kulissenbauweise die Nachbildung eines Raddampfers montiert war.

Die Kombination eines Schiffes auf dem Rhein und zweier Schiffsnachbildungen zu Land erlaubte eine weitgehende flächenmäßige Abdeckung des Bundesgebietes. Außerdem ermöglichten die CDU-Europaschiffe einen besonders öffentlichkeitswirksamen Wahlkampf unabhängig von örtlichen Räumlichkeiten. Insgesamt konnten mit der CDU-Europaschiff-Tournee rund eine halbe Million Personen direkt angesprochen werden.

Die Europaschiffe waren reichhaltig ausgestattet, z.B. mit Computern, Videogeräten, Ausstellungen, Spielmöglichkeiten. Sie waren zugleich ein Mittelpunkt für Aktionen der örtlichen CDU-Verbände, die das bestehende Aktions- und Informationsprogramm durch regionale Aktivitäten erweiterten.

Die CDU-Europaschiff-Tournee wurde von der CDU-Bundesgeschäftsstelle in enger Abstimmung mit den Landes- und Bezirksverbänden geplant. Zwei umfangreiche Regiebücher gaben den verantwortlichen Organisatoren praktische Hinweise und Aktionstips.

Es wurden 50.000 Ankündigungsplakate für das Europaschiff grundausgestattet.

## **Bundesrednereinsatz**

Wie in einem Bundestagswahlkampf organisierte die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen zentralen Bundesrednereinsatz. Dabei wurden allein in den letzten vier Wochen mit 43 Bundesrednern 412 Veranstaltungen durchgeführt.

Zur Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen wurden bisher insgesamt 285.000 km zurückgelegt.

Daneben wurden von Landespolitikern 2.030 Veranstaltungen bestritten.

## **Der Europawahlkampf der Union im Urteil der Wähler**

Welche Resonanz hat die zweite Europawahl bei den Wählern gefunden? Wie wurde der Wahlkampf der Parteien beurteilt? Eine Reihe demoskopischer Indikatoren (Quelle: Infas-Report zur Europawahl 1984) gibt Antworten auf diese Fragen.

### **Keine „Denkzettel“-Wahl**

Die SPD ist angetreten, die Europawahl zu einem „Denkzettel“ für die Regierung Helmut Kohl werden zu lassen. Dieser Versuch ist kläglich gescheitert, denn die SPD hat selbst bei der Europawahl am meisten Federn lassen müssen. Die „Denkzettel-Strategie“ konnte nicht aufgehen, denn sie unterschätzte nach Infas, wie wenig die Wähler vergessen hatten, daß die SPD bis vor kurzem Regierungsverantwortung getragen hatte. Das ließen schon Umfragen vor der Wahl erkennen. So meinten nur 30 % der Befragten, daß das Europawahlergebnis ein „Denkzettel“ für die Bundesregierung würde. Selbst die SPD-Anhänger waren von der Strategie ihrer Partei nicht sehr überzeugt: nur 49 % sagten, daß es zu einem „Denkzettel“ kommen würde.

## Interesse an der Europawahl

Das Interesse an der Europawahl war nicht sehr groß. Nur 14 % der Bürger haben sich „sehr“ für die Wahlwerbungen der politischen Parteien für Europa interessiert; 53 % antworteten „etwas“, 33 % „gar nicht“. Gleichwohl kann man das Ergebnis als durchaus normal bewerten. Denn selbst bei der Bundestagswahl 1983 war das Interesse - trotz der damaligen dramatischen Zuspitzung des politischen Klimas - nicht wesentlich stärker. Die damaligen Zahlen lagen bei 18 % für „sehr“, 56 % für „etwas“ und 24 % für „gar nicht“.

Bemerkenswert ist, wie sehr sich die Anhänger der Grünen für die Europawahl interessiert haben. Trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Europäischen Einigungsbewegung haben die grünen nicht darauf verzichtet, ihre Sympathisanten auch für diesen Wahlkampf zu mobilisieren. 24 % der Grün-Wähler äußerten vor dem Wahlsonntag starkes Interesse am Wahlkampf; bei der FDP waren es 18 %, bei der Union und bei der SPD 15 %.

## Bereitschaft zur Wahlkampfhilfe

Wie schon bei der Bundestagswahl 1983 haben auch bei der Europawahl 1984 5 Prozent der Bürger der Partei ihrer Wahl aktiv Hilfe geleistet; rund jeder zehnte hatte Wahlkampfhilfe erwogen.

Die Aufgliederung nach Partei-Anhängern bringt interessante Befunde: CDU/CSU und SPD konnten bei der Europawahl ähnlich viele aktive Helfer mobilisieren wie bei der Bundestagswahl; die FDP mußte für die Europawahl auf jeden dritten Helfer verzichten. Für die Grünen stand bei der Europawahl fast jeder fünfte Anhänger (18 %) als Aktivist zur Verfügung. Das ist deutlich mehr als schon bei der Bundestagswahl (8 %).

### Bereitschaft zur Wahlkampfhilfe

	BTW'83	EW'84
Befragte insg.	5 %	5 %
CDU/CSU-Angänger	5 %	4 %
SPD-Anhänger	7 %	5 %
FDP-Anhänger	12 %	8 %
Grünen-Anhänger	8 %	18 %

Im Unterschied zu den anderen Parteien haben bei den Grünen auch Informationsstände und Versammlungen eine größere Rolle bei der Wahrnehmung von Werbebotschaften gespielt.

## Wahlaktivitäten vor Ort

Um herauszufinden, welche Partei sich vor Ort durch besonderen persönlichen Einsatz ihrer Mitglieder auszeichnete, hat Infas in den letzten Wochen vor dem 17. Juni gefragt, welche Partei „hier in der Gegend, wo Sie wohnen“ am meisten tut, um Wähler für sich zu gewinnen. Das Ergebnis: die örtlichen Aktivitäten der CDU/CSU im Wahlkampf werden von den Wählern wesentlich höher eingeschätzt als die der SPD. Bei der Europawahl trennten CDU/CSU und SPD 14 Prozentpunkte, bei der Bundestagswahl 1983 betrug der Vorsprung der Union nur 9 Punkte.

### Die intensivste Werbung vor Ort betreiben nach Auffassung der Bürger

CDU/CSU	32 %
SPD	18 %
FDP	2 %
Grüne	1 %



## Wichtige Werbemittel

Das Fernsehen ist nach Ansicht der Bürger das wichtigste Werbemittel im Wahlkampf und für die Wahlentscheidung. Alle anderen Werbemittel werden deutlich auf die Plätze verwiesen.

	Anhänger ...				
	alle %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grüne %
Fernsehen	47	53	44	31	39
Informationsstände	5	4	6	6	13
Rundfunksendungen	4	3	3	8	8
Versammlungen	4	3	5	0	13
Anzeigen	2	3	2	3	0
Wahlillustrierte	2	2	4	7	1
Plakate	2	2	2	6	2

## Wahlkampfangemente

Auch wenn man den Bürger fragt, welche Partei die besten Argumente vorgebracht habe, liegt die CDU/CSU klar vor der SPD. 24 Prozent der Befragten sagen, daß die Union auch inhaltlich den besten Wahlkampf geführt habe. Von der SPD behaupten dies nur 17 Prozent; knapp jeder vierte Wahlberechtigte meint, in der Argumentation der Parteien gebe es keine qualitativen Unterschiede.

Besonders beachtenswert ist, daß die Wähler mit Abitur und/oder Studium den inhaltlichen Wahlkampf der Union besonders positiv beurteilen. Mit 35 Prozent für die CDU/CSU und 15 Prozent für die SPD fällt der Vorsprung der Union hier sehr deutlich aus.

## Wahlkampfwerbung

Bei der Frage nach der besten Wahlkampfwerbung gibt ein Fünftel der Bürger (21 Prozent) an, keine Unterschiede zwischen den Parteien feststellen zu können. Mehr noch — nämlich 24 Prozent, also rund jeder Vierte — geben der CDU/CSU die besten Noten. Etwa jeder Sechste (17 Prozent) meint, daß die SPD die beste Wahlwerbung gemacht habe.

Beste Wahlkampfwerbung macht nach Meinung aller Befragten:

CDU/CSU	24 %
SPD	17 %
FDP	3 %
Grüne	4 %
alle gleich/keine	21 %

## Union machte besten Wahlkampf

Die Einschätzung der intensivsten Werbung, der besten Argumente und der besten Wahlwerbung zeigt klar: die Wahlkampfführung der Union war auch bei der Europawahl der Wahlkampfführung der SPD überlegen.

Aus dem Vergleich der Wahlkämpfe zur Bundestagswahl 1983 und zur Europawahl 1984 mit ihren unterschiedlichen Ergebnissen zieht Infas den Schluß, daß ein Wahlkampf „nicht in erster Linie von den Werbemitteln, sondern vielmehr von der Dramatik und Dynamik, die kontroversen Themen inneohnt“, bestimmt wird.

## Informations- und Werbemittelstatistik

Gesamtabgang der wichtigsten Informations- und Werbemittel beim IS-Versandzentrum im Zeitraum vom 1.2.1984 bis 15.6.1984 zur Europawahl.

Artikel/Bezeichnung	Auflage	
0458	Sonnenschirm ohne Fuß	427
0509	Transparent Europa '84	238
0994	Canvassingstand	212
1491	Rahmenflugblätter, DIN A 4	1.749.500
1517	Rahmenflugblatt Europa '84, DIN A 5, zu 2 Nutzen	396.000
8495	Rahmenwandzeitung Europa '84 DIN A2 quer	20.600
2442	CDU-Europakalender	11.748
2486	Europameisterschafts-Kalender	1.952.350
2496	Faltblatt „12 gute Gründe für Europa“	1.029.650
2498	Briefwahlprospekt Europa '84	1.762.900
2506	Europa-Zeitung	680.175
2550	Europa-Illustrierte	13.873.000
3474	Handbuch zur Europawahl	24.798
3562	Aktionsprogramm der EVP	17.300
4530	Video-Film Europa '84	588
5512	Broschüre: Europa als Wirtschaftsgemeinschaft	105.150
5515	Broschüre: Umweltschutz - Eine europäische Frage	138.150
5516	Broschüre: Die europ. Union - Ziel unserer Politik	109.710
5520	Broschüre: Europas Einheit stärken	31.350
5547	Broschüre: Europa lohnt sich	28.800
5548	Broschüre: Frieden, Freizügigkeit, Partnerschaft	22.400
5549	Broschüre: Wachstum, neue Technik, Arbeit	25.250
5571	Wahlaufruf	50.800
8492	Rahmenplakate (A 1/A 0)	223.410
	Rednerankündigungsplakate	36.355
8590	Ankündigungsplakat H. Kohl	40.000
8499	Poster Europaschiff	56.600
8535	Poster EVP	9.550
8545	Plakat „Mit uns für Europa“	260.400
8552	Motivplakat „Fortschritt“	87.750
8554	Motivplakat „Saubere Umwelt“	94.150
8556	Motivplakat „Offene Grenzen“	92.700
9482	CDU-Bleistift Europa '84	916.400
9295	Zündholzbriefchen Europa '84	780.760
9508	Papierfähnchen Europa '84	700.700
9511	CDU-Luftballon Europa '84	1.371.350
9428	CDU-Kugelschreiber	99.050
9481	Europa-Puzzle	70.948
9484	Nähetafel Europa '84	232.390
9503	Aufkleber Europa '84	654.700
9504	Aufkleber Europa '84 mit CDU	681.950
9514	PVC-Aufkleber Canvassingstand Europa '84, 78x42 cm	1.460
9507	Sonnenblende Europa '84	239.450
9525	Tragetaschen Europa '84	528.900
9527	Bastelbogen Europaschiff	101.050
9542	Textilbutton Europa '84	149.250
	Schlußplakat	232.550
	Schlußzeitung	7.616.000





Europakalender



Europameisterschaftskalender



Europailustrierte





### 17. Juni: Wählt die Freiheit für Europa

**Der Aufschwung in Deutschland muß weitergehen**

Wichtig für Europa: Vorweg hat der Schutz der Umwelt

Wirtschaft wieder einsteigend auf Wachstumskurs. Wir haben nicht nur vom Aufschwung profitiert, der Aufschwung ist da. Wir haben dafür hart gearbeitet.

**Technischer Fortschritt schafft Arbeitsplätze**

Die Bilanz dieses ersten Jahres kann sich sehen lassen. Nach einer schwierigen Zeit der stagnierenden und bremsenden befindet sich die deutsche Wirtschaft wieder einsteigend auf Wachstumskurs. Wir haben nicht nur vom Aufschwung profitiert, der Aufschwung ist da. Wir haben dafür hart gearbeitet.

### Europa lohnt sich für uns Deutsche

Dein Brief für die Zukunft in Europa

**Frieden und Freizügigkeit**

Wichtig für Europa: Vorweg hat der Schutz der Umwelt

### FÜR NIEDERSACHSEN AKTIV IN EUROPA

Unsere Mannschaft für Europa

Aufwärts mit Deutschland mit uns für Europa

**Schlußzeitung**

### Die Europäische Union

Ziel unserer Politik

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Europa als Wirtschaftsgemeinschaft

Gemeinsam für Arbeit, Wachstum und Fortschritt

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Umweltschutz

Eine europäische Aufgabe

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### 12 gute Gründe für Europa.

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Helmut Kohl: Europas Einheit stärken

Auszüge aus Reden und Aufsätzen

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Wachstum, neue Technik, Arbeit

Gemeinsam für Europas Zukunft forschen

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Frieden, Freizügigkeit, Partnerschaft

Für ein Europa freier Menschen

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Europa lohnt sich

Wir antworten auf kritische Fragen

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

**Broschüren, Faltblätter**

### Unser Kandidat für Europa aus Rheinland-Pfalz

## Dr. Egon A. Klepsch

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

### Egon Klepsch: „Europa – was denn sonst?“

**Pessimisten sind nicht gefragt**

**Zuverlässigkeit ist Trumpf**

**Wählen Sie mehr Zukunft für Europa**

### Die Trillanti-Karte

Lieber Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

Egon Klepsch ist der Spitzenkandidat der CDU für die Europawahl am 17. Juni 1994. Bei Egon Klepsch ist dieses Wort „Europäer“ ein viel mehrdimensionales und ein Transparenz des Europäischen Parlamentes. Egon Klepsch ist ein europäischer Politiker und ein europäischer Mensch. Er ist ein Mann, der sich für Europa und für die BürgerInnen in Europa einsetzt. Er ist ein Mann, der sich für die Freiheit und die Demokratie einsetzt. Er ist ein Mann, der sich für die Zukunft einsetzt.

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

**Kandidatenprospekt**



*Aufwärts mit Deutschland*  
**Mit uns  
für Europa**  
**CDU**

*Aufwärts mit Deutschland*  
**Mit uns  
für Fortschritt  
in Europa** **CDU**

*Aufwärts mit Deutschland*  
**Mit uns für  
offene Grenzen  
in Europa** **CDU**

*Aufwärts mit Deutschland*  
**Mit uns für  
saubere Umwelt  
in Europa** **CDU**

**17. Juni:**  
**Wählt die Freiheit  
für Europa**

**CDU**

Motivplakate und Schlußplakat  
der Parteiplakatierung





Großflächenplakate



**17. Juni:** Wählt die Freiheit  
für Europa



**17. Juni:** Wählt die Freiheit  
für Europa



Großflächenplakate der Schlußplakatierung

## Der Aufschwung muß weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da.

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu drei Prozent.
- Die Preise sind wieder stabiler.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

So muß es weitergehen. Wir dürfen uns den Aufschwung nicht von Gewerkschaftsfunktionären und der SPD kaputtstreiken lassen.

Stärken Sie den Aufschwung mit Ihrer Stimme.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

## Mehr tun für unsere Umwelt

Wir müssen unseren Wald wieder gesundmachen. Die SPD hat dem Waldsterben jahrelang tatenlos zugehört. Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt: schärfere Vorschriften gegen Industrieabgase. Bleifreies Benzin kommt ab 1. 1. 1986. Jetzt müssen auch unsere Nachbarn mitziehen. Denn Umweltschutz darf nicht an Grenzen halt machen.

Am 17. Juni ist jede Stimme für die CDU eine Stimme für Europa und damit für den Umweltschutz.

# CDU wählen

## Offene Grenzen – freie Fahrt

Wir fordern freie Fahrt in Europa. Ohne Schlagbäume. Ohne Autobahn-Gebühren. Und ohne überflüssige Grenzformalitäten. Die kosten uns 30 Milliarden Mark im Jahr und müssen weg.

Europa muß zusammenwachsen. Wählen Sie die CDU – für freie Fahrt in ein einiges Europa.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

## Mit uns den Aufschwung stärken.

Die Mehrheit in Deutschland will, daß der Aufschwung weitergeht. Auch darum geht es bei der Europawahl. Die Erfolge der Regierung Helmut Kohl dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden:

- Die Wirtschaft wächst.
- Die Exporte steigen.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

So muß es weitergehen: In Deutschland und Europa.

Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für Europa. Jede Stimme für die CDU ist auch eine Stimme für den Aufschwung.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

## Mit uns Arbeitsplätze sichern

Bei uns in Deutschland ist jeder dritte Arbeitsplatz vom Export abhängig. Aber die Konkurrenz aus USA und Japan schläft nicht. Deshalb brauchen wir moderne Spitzentechnik. Dabei hilft uns die Zusammenarbeit in Europa. Beispiel: Die Europa-Rakete „Ariane“, der „Airbus“.

Das ist Fortschritt in Europa, der Arbeitsplätze sichert und den Aufschwung stärkt. So muß es weitergehen.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

## Jetzt haben 420.000 wieder Arbeit!

Die Arbeitslosigkeit ist gestoppt und geht allmählich zurück: Seit März haben 420.000 Arbeitslose wieder eine Stelle gefunden. Heute gibt es 250.000 Kurzarbeiter weniger als noch vor einem Jahr. Und 96.000 offene Stellen.

Die Politik der Regierung Helmut Kohl hat Erfolg. Für alle. So muß es weitergehen.

In Deutschland und Europa.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

## Den Aufschwung stärken. Die Freiheit sichern.

Darum geht es bei der Europawahl:

Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit ist gestoppt und geht allmählich zurück. Dieser Aufschwung muß weitergehen. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für den Aufschwung.

Der 17. Juni, der Tag der deutschen Einheit, mahnt uns: Die Freiheit, in der wir leben, muß für alle Deutschen, für alle Europäer Wirklichkeit werden. Jede Stimme für die CDU ist eine

Stimme für die Freiheit.

Am 17. Juni:

# CDU wählen

Am 17. Juni:  
**Aufschwung stärken.  
Freiheit sichern.**  
**CDU wählen**

Anzeigen in Kaufzeitungen



**Streik - Die SPD will den Aufschwung nicht!**

## Der Aufschwung muß weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat gehalten, was sie versprochen hat: Der Aufschwung ist da.

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu drei Prozent.
- Die Staatsverschuldung ist gebremst.
- Die Preise sind wieder stabiler.
- Die Exporte nehmen zu.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

Soll das alles umsonst sein?

Die SPD unterstützt den Streik. Ohne Rücksicht darauf, daß so der Aufschwung kaputtgemacht werden kann. Sind ihr die Gefahren für die Arbeitsplätze gleichgültig?

Die SPD ist bereit Kompromisse einzugehen, die im Einklang mit dem Grundgesetz stehen. Sie ist jedoch nicht bereit, ein Streik der Gewerkschaften zu unterstützen und vor Ort, in dem betroffenen Betrieb, zu sein.

Sieht die SPD nicht die schlimmen Folgen für uns alle?

Stärken Sie den Aufschwung! Schaffen Sie ihm freie Bahn. Wählen Sie CDU.

**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Europa muß zusammenwachsen.**

## Frei und gemeinsam in die Zukunft.



Wir wollen frei eimen. In sauberer Luft. Wir wollen frei reisen. Ohne Grenzen. Wir wollen frei durch Europa fahren. Ohne Anhebungsbahnen. Wir wollen uns frei entfalten können. Ohne Angst vor der Zukunft. Doch das alles schaffen wir nicht allein. Wir brauchen Freunde - über die nationalen Grenzen hinweg. Die Europäer müssen zusammenarbeiten. Europa muß zusammenwachsen. Nur gemeinsam sichern wir Frieden und Freiheit. Arbeit und Wohlstand. Nur gemeinsam meistern wir die Zukunft. Wählen Sie die Zukunft. Wählen Sie Europa. Wählen Sie CDU.

**CDU**  
**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

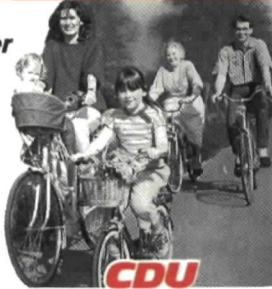
**Im Umweltschutz gehen wir voran:**

## Jetzt müssen alle Europäer mitmachen.

Der Mensch ohne Natur, der Mensch in Beton. Ohne Bäume. Ohne Wald. Eine grausame Vorstellung. Der deutsche Wald ist nicht nur eine Sache für das deutsche Gemüt. Wir brauchen die Natur. Wir müssen unseren Wald gesundmachen.

Die SPD hat dem Waldsterben jahrelang zugesehen. Die Regierung Helmut Kohl hat sofort gehandelt.

Die Vorschriften für Industrieerträge wurden drastisch verschärft. Bleifreies Benzin wird ab 1.1.1984 eingeführt. Aber unsere Umweltprobleme lösen wir nicht allein an unseren Schornsteinen, nicht allein an unseren Autos. Unsere Nachbarn müssen mitmachen. Wer ja sagt zum Umweltschutz, muß auch ja in Europa sagen. Wählen Sie Europa. Wählen Sie CDU.



**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Deutschland und Frankreich machen den Anfang:**

## Offene Grenzen - freie Fahrt!

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterand haben beschlossen: In wenigen Wochen werden die Personengrenzen zwischen Deutschland und Frankreich abgebaut. Das heißt: freie Fahrt zwischen Deutschland und Frankreich.

Das ist der Anfang für offene Grenzen in Europa. Jetzt müssen auch die anderen Europäer mitmachen. Wir fordern freie Fahrt überall in Europa. Ohne Einreisegeldern. Ohne Anhebungsbahnen.

Europa muß zusammenwachsen. Wählen Sie für offene Grenzen. Wählen Sie CDU.



**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Die SPD heizt den Streik an.**

## Wir lassen uns den Aufschwung nicht kaputtmachen.

Die SPD mißbraucht den Streik als politische Machtprobe. Die SPD ist eine Streikpartei.

Sie gefährdet die wirtschaftliche Erholung und schadet damit uns allen.

Die Mehrheit der Deutschen ist gegen diesen Streik. Die Mehrheit will, daß der Aufschwung weitergeht:

- Unsere Wirtschaft wächst 1984 um nahezu 3 Prozent.
- Die Exporte nehmen zu.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt.

In Einzelgesprächen müssen Arbeitgeber und Streik auf sie mit dem Streikentscheidungen einverstanden sein. Die Gewerkschaften sind nicht zu zwingen, den Streik zu beenden.

Stärken Sie den Aufschwung! Schaffen Sie ihm freie Bahn. Wählen Sie CDU.

**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Europa braucht die Arbeitnehmer.**

## Aber die Arbeitnehmer brauchen auch Europa.

Die Hälfte unserer Exporte geht in die Europäische Gemeinschaft. Jeder 6. Arbeitsplatz ist von Europa abhängig. Schon das zeigt, wie wichtig freier Handel und technischer Fortschritt in einem einzigen Europa sind.

- Wichtig für Europa.
- Wichtig für die Arbeitnehmer.
- Lebenswichtig für unsere Arbeitsplätze.

Mit Klassenkampf jedoch schaffen wir keine Arbeitsplätze. Wir haben in unserem Land Trümmer und Schutt der Nachkriegszeit nicht mit Streik und Aussperrung weggeräumt, sondern mit Arbeit. Die Sozialisten haben es nie geschafft, Wohlstand und Arbeit zu verbinden.

Mit der Regierung Helmut Kohl kam der Aufschwung unserer Wirtschaft. Der Aufschwung in Deutschland stärkt auch Europa. So muß es weitergehen. Gehen Sie deshalb am 17. Juni zur Europawahl!



**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Europa braucht die Arbeitnehmer...**

## ... und die Arbeitnehmer brauchen Europa.

Die Hälfte unserer Exporte geht in die Europäische Gemeinschaft. Jeder 6. Arbeitsplatz ist von Europa abhängig. Schon das zeigt, wie wichtig freier Handel und technischer Fortschritt in einem einzigen Europa sind.

- Wichtig für Europa.
- Wichtig für die Arbeitnehmer.
- Lebenswichtig für unsere Arbeitsplätze.

Mit Klassenkampf jedoch schaffen wir keine Arbeitsplätze. Wir haben in unserem Land Trümmer und Schutt der Nachkriegszeit nicht mit Streik und Aussperrung weggeräumt, sondern mit Arbeit. Die Sozialisten haben es nie geschafft, Wohlstand und Arbeit zu verbinden.

Mit der Regierung Helmut Kohl kam der Aufschwung unserer Wirtschaft. Der Aufschwung in Deutschland stärkt auch Europa. So muß es weitergehen. Gehen Sie deshalb am 17. Juni zur Europawahl!



**CDU**

**Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.**

**Jetzt miteinander statt gegeneinander:**

## Aufschwung stärken. Freiheit sichern.

Darum geht es bei der Europawahl und der Kommunalwahl in Rheinland-Pfalz: Die Wirtschaft wächst. Die Arbeitslosigkeit ist gestoppt und geht allmählich zurück. Dieser Aufschwung muß weitergehen. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für den Aufschwung.

Der 17. Juni, der Tag der deutschen Einheit, macht uns: Die Freiheit, in der wir leben, muß für alle Deutschen, für alle Europäer, Wirklichkeit werden. Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für die Freiheit.



Am 17. Juni:

**CDU wählen**

**Ihre Stimme für die Freiheit in Europa.**



Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl:  
"Europa muß zusammenwachsen. Ihre Stimme trägt dazu bei.  
Bitte, gehen Sie deshalb zur Wahl!  
Entscheiden Sie sich am Tag der deutschen Einheit gemeinsam mit uns:  
Für die Freiheit in Europa."

**CDU wählen**

Anzeigen in regionalen und überregionalen Tageszeitungen



## Europa muß zusammenwachsen. Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft.

Bei der Europawahl am 17. Juni entscheiden Sie mit, wie es in Europa vorangeht. Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft.

Wir wollen eine wirtschaftlich und technologisch zusammenwachsende Gemeinschaft. Eine Europa, die den neuen Technologien einen entscheidenden Einfluß gestattet unsere Chancen zu den Maßnahmen für europäische Zukunft zu ermöglichen. Folgende sind die Ziele der CDU:

- Wir wollen eine offene Grenze über alle Grenzen hinweg. Meere, Flüsse und Luft gehören zu gemeinsamen Schicksal aller Völker. Nur gemeinsame Fortschritte zeigen die Zukunft und nicht unsere Flüsse vor allem den Rhein, wieder an.
- Wir wollen offene Grenzen. Ohne Grenzkontrollen und Kontrollgebühren können wir in Europa weiter zusammenwachsen.
- Die Gemeinschaft hat in Europa den Frieden gestiftet und Verdichtung zwischen den Völkern geschaffen. Nur ein politisch gemeinsames Europa kann seine Verantwortung in der Welt erfüllen. Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen zu gewährleisten.
- Jeder kann seine Stimme hören. Und jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für Europa.

Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.



## Dein Brief für unsere Zukunft in Europa

Für unsere Kinder will Europa einmündig zusammenwachsen. Wir alle sind aufgerufen, bestmöglich Europas Entwicklung voranzutreiben.

- Wir wollen ein Europa, das die gemeinsame Sache über alle nationalen Grenzen stellt.
- Wir wollen ein Europa, in dem wir weiter in Frieden und Freiheit zusammenleben können.
- Wir wollen ein Europa, das jedem die Chance gibt, sich selbst zu verwirklichen. Ein solches schönes Arbeitsleben, in dem jeder seinen Lebenszweck findet.
- Schaffen wir dieses Europa jetzt, damit unsere Kinder ein nicht ohne Sorgen vorantreiben können. Sie heißt eine historische Chance voran.

Geben Sie ebenfalls am 17. Juni zur Europawahl Ihre Stimme für die CDU in allen Ländern für Europa.

Machen Sie die Möglichkeit zur Briefwahl, wenn Sie am 17. Juni nicht in die Wahlkabine gehen können. Senden Sie die Briefwahlunterlagen bei Ihrem Wahlamt an Postkarte gerichtet. Und dann:

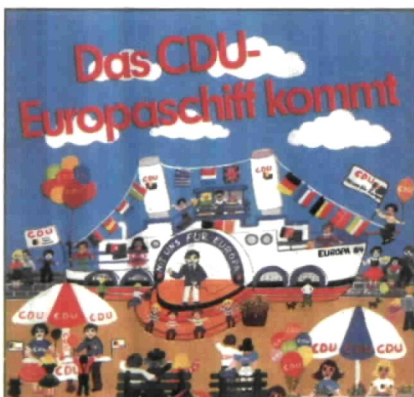
### Wählen Sie Europas Zukunft per Brief - mit Ihrer Stimme für die CDU

Wir bei uns in Deutschland werden auch in Europa Christliche Demokraten für neuen Schwung sorgen. Für wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Beibehaltung und soziale Sicherheit. Für eine Zukunft in menschlicher Umwelt, in Frieden und Freiheit - für uns und für unsere Kinder.



### Anzeigen in Wochenzeitungen

## Das CDU-Europaschiff kommt



Europäischer Jahrmarkt  
Bonn, Münsterplatz,  
Freitag, den 27. April 1984  
11.00 - 19.00 Uhr

**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

Plakat der Europaschiff-tournee

## Mit uns für Europa.



**CDU** Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

Europaposter

## 3. Die Umwelt schützen

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der CDU war und wird weiterhin die Umweltpolitik sein.

Es geht darum, die zahlreichen Erfolge der Regierung Helmut Kohl in der Umweltpolitik gegenüber der Öffentlichkeit darzustellen. In drei Dokumentationen über die Leistungen der Bundesregierung sowie in zahlreichen Flugblättern, Broschüren und Faltschriften sind die umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung erläutert und gewürdigt worden.

Auch im Europawahlkampf wurde ein Schwerpunkt der politischen Argumentation auf „Umweltschutz als europäische Aufgabe“ gesetzt.

In einer Reihe von drei Veranstaltungen wurden nicht nur grundsätzliche umweltpolitische Themen aufgegriffen, es wurden auch aktuelle und bisher wenig beachtete Themen in den Vordergrund gerückt.

„Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus - Welche Zukunft hat Deutschland als Industrienation?“ hieß das Thema des vierten Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächs am 16. Oktober 1984 in Bonn. 30 führende Vertreter aus Wissenschaft, den Verbänden, den Kirchen und der Politik diskutierten unter der Leitung des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über grundsätzliche Fragen von Ökologie und Ökonomie. Die Ergebnisse dieses Gesprächs wurden zusammengefaßt und veröffentlicht.

Nicht in seiner Bedeutung erkannt wurde von der sozialliberalen Regierung der Bodenschutz. Die Regierung Helmut Kohl hat auf diesem Gebiet Pionierarbeit geleistet und ein Bodenschutzkonzept vorgelegt. Die CDU hat auf dem Kongreß „Boden und Landschaft - Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen“ am 13. November 1984 in Bonn als erste Partei das Thema „Boden- und Landschaftsschutz“ aufgegriffen und auf die akuten Umweltgefahren hingewiesen. An diesem Kongreß nahmen ca. 500 Vertreter aus Politik und Wissenschaft teil. Er stand unter der Leitung von Dr. Bernhard Worms. Es referierten: Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, Ministerpräsident Lothar Späth, Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann, Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, der Vorsitzende des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen, Prof. Dr. Jürgen Salzwedel und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU, Senator Dr. Volker Hassemer.

Über 400 Teilnehmer verzeichnete der Kongreß „Neue Wege im Umweltschutz - Nordrhein-Westfalen lebenswert erhalten“ am 7. Februar 1985 in Dortmund. Im Vordergrund standen die Themen „Neue Techniken für mehr Arbeit und eine bessere Umwelt“ sowie „Umweltschutz vor Ort - Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik im Umweltschutz“. Mit der Frage, wie der menschliche Erfindungsgeist und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft für die Umwelt zu mobilisieren sei, befaßten sich der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, Staatssekretär Franz Kroppenstedt, Prof. Dr. Holger Bonus und Prof. Dr. Klaus Töpfer. Über Erfolge bei der Entwicklung neuer Techniken zur Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen berichteten drei Vertreter von Unternehmen, die Umweltschutztechniken anbieten. Um die Stellung des Kommunalpolitikers als Umweltschützer ging es in den Referaten von Dr. Reinhard Göhner MdB, Peter Michael Mombaur, Prof. Dr. Paul Klemmer, Günter Kozłowski, Hubert Collas und Robert Ostertag. In seinem Grundsatzreferat plädierte Prof. Dr. Kurt Biedenkopf leidenschaftlich für marktwirtschaftliche Strategien und für mehr Phantasie im Umweltschutz.

## **4. Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation**

Der 32. Bundesparteitag der CDU hat die „Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre. Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“, beschlossen. Die „Stuttgarter Leitsätze“ beantworten auf der Grundlage des Grundsatzprogrammes der CDU die wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren steht.

Zum Entwurf des CDU-Bundesvorstandes gingen von den antragsberechtigten Gliederungen der CDU insgesamt 237 Änderungs- und Ergänzungsanträge ein. Auf dem Parteitag in Stuttgart vom 09.-11. Mai 1984 wurde über diese Anträge diskutiert und abgestimmt. Außerdem wurde Führungskräften der Wirtschaft, Wirtschaftsprofessoren, Wirtschaftsjournalisten und Wirtschaftsverbänden mit einem Schreiben des Generalsekretärs der Entwurf des CDU-Bundesvorstandes zu den Stuttgarter Leitsätzen zugesandt mit der Bitte, hierzu Stellung zu nehmen. 2.763 Personen haben ausführliche und fundierte Stellungnahmen zurückgesandt, die in die parteiinterne Diskussion einbezogen wurden.

Mit den „Stuttgarter Leitsätzen“ hat der Bundesparteitag der CDU ein Programm verabschiedet, das als Richtschnur für die künftige politische Arbeit der CDU auf Bundes- und Landesebene dient. Keine andere Partei in der Bundesrepublik Deutschland hat bisher ein vergleichbares politisches Konzept für die Lösung der Aufgaben in den 80er Jahren beschlossen. Die Stuttgarter Leitsätze stießen deshalb auf ein breites Interesse bei den Medien, Verbänden, Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen.

## **5. Die politische Auseinandersetzung mit den Grünen**

Die Grünen sind auf absehbare Zeit ein politischer Faktor im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind als demokratisch gewählte Partei in zahlreichen Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene vertreten. Dies macht eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung über die politischen Ziele der Grünen erforderlich.



Die Grünen haben sich von einer Umweltschutzpartei zu einer öko-sozialistischen Radikalopposition entwickelt, für die der Umweltschutz lediglich ein Vorwand zur Systemveränderung ist. Die Grünen haben in den letzten Jahren Antipositionen zu allen politischen Grundentscheidungen entwickelt, die die Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat und einem verlässlichen Bündnispartner des freien Westens gemacht haben.

Die CDU hat sich mit den Zielen und Folgen grüner Politik intensiv auseinandergesetzt. Dazu dienten Pressekonferenzen, Interviews und Artikel des Generalsekretärs und anderer führender CDU-Politiker. Eine umfassende Dokumentation zum Thema: „Die Grünen - eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition“ setzt sich mit der Wählerschaft, der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie der Außen- und Sicherheitspolitik der Grünen auseinander. Am 20.2.1985 hat der Bundesvorstand eine Erklärung zu den Zielen und Folgen grüner Politik verabschiedet. Darin heißt es u.a.: Eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung über die politischen Ziele der Grünen wird dadurch erschwert, daß die Grünen sich eher als politische Bewegung und weniger als politische Partei verstehen. Ihre politischen Konturen sind unscharf und ihre politischen Aussagen widersprüchlich. Die Grünen haben sich von einer Umweltschutzpartei zu einer öko-sozialistischen Radikalopposition entwickelt, für die der Umweltschutz lediglich ein Vorwand zur Systemänderung ist. Der demokratische Grundkonsens und zentrale Prinzipien der Verfassung werden von ihnen in Frage gestellt. Die CDU lehnt Koalitionen und vergleichbare politische Abkommen mit den Grünen ab. Die CDU fordert die SPD auf, in der Frage einer Koalition mit den Grünen eindeutig Farbe zu bekennen, weil damit eine grundlegende Weichenstellung für die politische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verbunden ist.

## **6. Zwei Jahre Bundesregierung Helmut Kohl: Erfolgreiche Halbzeitbilanz**

Mit einer umfassenden und intensiven Informationskampagne hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Herbst 1984 auf die positive Zwischenbilanz der Bundesregierung hingewiesen. Die Regierung Helmut Kohl ist angetreten, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Renten und das soziale Netz zu sichern, das Bündnis zu festigen und den Frieden in Freiheit zu erhalten.

Diese Ziele hat die Regierung in nur zwei Jahren weitgehend erreicht; sie ist auf dem richtigen Weg. Im Herbst 1982, als die Bundesrepublik Deutschland in ihrer schwersten Krise steckte, hatte es kaum einer für möglich gehalten, daß in so kurzer Zeit soviel von der SPD-Erblast beiseite geräumt werden könnte. Dies war allerdings nur möglich, weil sich die CDU in der Oppositionszeit durch programmatische Erneuerung auf die Regierungarbeit vorbereitet hatte. Sie hat eine intensive Programmdiskussion geführt, deren Ergebnisse und Beschlüsse in der Regierungspolitik Schritt für Schritt umgesetzt wurden und weiter umgesetzt werden.

Im Laufe des vergangenen Sommers wurde immer offenkundiger, daß die Bürger noch nicht hinlänglich mit den unbestreitbaren Erfolgen der Regierung Helmut Kohl vertraut gemacht worden waren. Deshalb hat die Bundesgeschäftsstelle im Oktober 1984 mehrere Broschüren, UfD-Dokumentationen, Argumentationshilfen, Flugblätter und ein „CDU-Extra“ herausgebracht. Die Hauptabteilung Politik hatte dafür umfangreiche Informationen über die Leistungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, in der Außen- und Deutschlandpolitik, in der Umwelt- und Forschungspolitik sowie in der Innen- und Rechtspolitik zusammengestellt, gleichzeitig aber auch knapp gefaßte Argumentationshilfen in Form von Faltblättern und Flugblättern erarbeitet, die den Gliederungen der Partei als Massen-Verteilmittel zur Verfügung standen.

Diese Kampagne diente auch zur notwendigen Klarstellung gegenüber den Versuchen der Opposition und von Teilen der Medien, die Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu verschweigen oder gar zu verfälschen. Mit dem Informationsmaterial wurden die Mitglieder und Freunde der CDU in die Lage versetzt, umfassend und systematisch die Erfolge der Regierung Helmut Kohl zu erläutern.

### **Informations- und Werbekampagne**

Die Bundesgeschäftsstelle hat die Kampagne „2 Jahre Regierung Helmut Kohl“ mit einer achtseitigen vierfarbigen Illustrierten begonnen, die in der Zeit vom 18. bis 26. September 1984 den Tageszeitungen beilag. In dieser Beilage wurden insbesondere die Leistungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, im Umweltschutz und in der Außen- und Deutschlandpolitik herausgestellt.


# Materialien der Aktion „2 Jahre Regierung Helmut Kohl“

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**



**„Wir Deutschen haben gut gearbeitet.“**

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**



Die Bürger haben die Regierung Helmut Kohl gewählt, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Renten und das soziale Netz zu sichern, das Bündnis zu festigen und den Frieden in Freiheit zu erhalten.

In zwei Jahren sind wir gut vorangekommen.

Der Bundeshaushalt ist wieder in Ordnung; Die Neuverschuldung wurde von 55 Milliarden auf unter 30 Milliarden gesenkt.

Die Preise sind wieder stabil; Die Preissteigerung wurde sensationell von 5,3% auf 1,7% (August '84) abgesenkt.

Die Wirtschaft wächst wieder; Nach einem Minus von 1,1% jetzt ein Plus von 2,5%.

Die Einkommen steigen wieder; Nach realen Verlust von 1,1% ist der Einkommenszuwachs jetzt wieder im Plus.

Die Luft wird wieder sauberer; Endlich sind Marschritten gegen die Luftverschmutzung durchgesetzt worden. Vor allem TA-Luft, Großfeuerungsanlagenverordnung, ab 1986 bleifreies Benzin.

Mit der DDR wurde nach nie erfolgreicher Verhandlung: Mehr Begegnungen in Deutschland, mehr Menschen kommen zu uns. Unsere Außenpolitik hat neues Vertrauen geschaffen. Die Freundschaft im Westen wurde vertieft, die europäische Nachbarschaft ist gewachsen.

So begann ein Erfolg, der jetzt konsequent fortgeführt werden muß. Unsere Arbeitsergebnisse von nur zwei Jahren sind ein Erfolg, der Mut macht für die kommenden Jahre. Auch wenn nicht alles so glatt laufen konnte, wie wir es uns gewünscht hätten.

Der Neuanfang hat sich gelohnt. Wir Deutschen sind auf dem richtigen Weg; Erfolg macht Mut.

**CDU**  
sicher sozial und frei

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**

**Die Bilanz ist positiv**

**CDU**  
sicher sozial und frei

**CDU extra**

Helmut Geißler: Wer hätte das vor 2 Jahren gedacht!  
Norbert Blum: Tadelstung für Arbeitsmarkt  
Familienpolitik: Zehn Milliarden für Familien  
1984: Ein Rekordjahr für Leberstolz

**Die Wirtschaft wächst - Preise wieder stabil - Neuverschuldung gebremst**

**Erfolgreiche Bilanz nach zwei Jahren Regierung Helmut Kohl**

Es gibt kein Weg ohne Fehler. Die Regierung Helmut Kohl hat erfolgreich gearbeitet. In nur 24 Monaten hat sie den Staat wieder in Ordnung gebracht und die Neuverschuldung des Bundes von 55 Milliarden auf unter 30 Milliarden gesenkt. Die Wirtschaft wächst wieder. Die Preise sind wieder stabil. Die Einkommen steigen wieder. Die Luft wird wieder sauberer. Die Freundschaft im Westen wurde vertieft. Die europäische Nachbarschaft ist gewachsen.

**Die Wirtschaft wächst**

Die Wirtschaft ist wieder im Plus. Nach einem Minus von 1,1% im August 1983 ist die Wachstumsrate im August 1984 auf 2,5% gestiegen.

**Wir werden weniger Steuern zahlen**

Die Einkommensteuer wurde von 48 auf 45 Prozent gesenkt. Die Körperschaftsteuer wurde von 48 auf 45 Prozent gesenkt. Die Grunderwerbsteuer wurde von 4 auf 3 Prozent gesenkt.

**Neuverschuldung könnte drastisch gesenkt werden**

Die Neuverschuldung des Bundes wurde von 55 Milliarden auf unter 30 Milliarden gesenkt.

**Die Preise sind stabil wie seit Jahren nicht mehr**

Die Preissteigerung wurde von 5,3% im August 1983 auf 1,7% im August 1984 gesenkt.

**Die innenpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl**

**Eine Zwischenbilanz**

**CDU**  
sicher sozial und frei

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**

**Die innenpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl**

**Eine Zwischenbilanz**

**CDU**  
sicher sozial und frei

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**

**Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl**

**Eine Zwischenbilanz**

**CDU**  
sicher sozial und frei

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL:**

# Die Bilanz ist positiv!

**Die Staatsfinanzen sind wieder in Ordnung. Unsere Wirtschaft wächst.**

In den letzten beiden Jahren haben wir die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hinter uns gelassen. 1984 haben wir schon 2,5% Wachstum. Wäre der unnötige Streik nicht gekommen, hätten wir sogar 3% Wachstum erreichen können. Die Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs sind vorbei.

**Preisteigerung gesenkt**

Die Preissteigerung wurde von 5,3% im August 1983 auf 1,7% im August 1984 gesenkt.

**Wir machen unser Land kinderfreundlicher.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren 20 Milliarden Mark für die Familienpolitik eingesetzt. Das gibt es noch nie in der Bundesgeschichte.

**Stabile Preise sind soziale Politik.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren die Preise stabilisiert. Die Preissteigerung wurde von 5,3% im August 1983 auf 1,7% im August 1984 gesenkt.

**Wir haben die Renten gesichert.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren die Renten gesichert. Die Renten werden ab dem 1. Januar 1985 um 1,5% erhöht.

**Wir werden die Steuern senken.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren die Steuern gesenkt. Die Einkommensteuer wurde von 48 auf 45 Prozent gesenkt.

**Die Wirtschaft hat wieder Schwung.**

Die Wirtschaft ist wieder im Plus. Nach einem Minus von 1,1% im August 1983 ist die Wachstumsrate im August 1984 auf 2,5% gestiegen.

**Wir haben die Bürokratie ab.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren die Bürokratie abgebaut. Die Zahl der Beamten ist von 1,2 Millionen auf 1,1 Millionen gesunken.

**Neue Unternehmen schaffen neue Arbeit.**

Die Bundesregierung hat in den letzten beiden Jahren neue Unternehmen geschaffen. Die Zahl der Arbeitsplätze ist von 1,2 Millionen auf 1,3 Millionen gestiegen.

**Was wir Deutschen noch erreichen haben:**

- Die Wirtschaft investiert wieder.
- Die Zahl der Kurzarbeiter sank um 1 Million.
- Die Auftragsbücher füllen sich.
- Die Exporte steigen.
- Die Mark behält ihren Wert.
- Neue Zuversicht breitet sich aus.

**CDU**  
sicher sozial und frei

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**

**Die außen- und deutschlandpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl**

**Eine Zwischenbilanz**

**CDU**  
sicher sozial und frei





Damit dieser erste breite Anstoß in der Öffentlichkeitsarbeit der gesamten Partei aufgegriffen werden konnte, bot die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Materialien an, die den Kreisverbänden auch in hoher Grundausstattung zur Verfügung gestellt wurden.

– Zeitung „CDU-extra“

In sachlichen, faktenreichen Artikeln informierte diese vierseitige Zeitung über so wichtige politische Erfolge wie z.B. die drastische Senkung der Neuverschuldung, die Einführung schadstoffarmer Autos und die Verabschiedung des „10-Milliarden-Paketes“ in der Familienpolitik.

Auch die außen- und deutschlandpolitischen Erfolge der Regierung Helmut Kohl nahmen breiten Raum ein.

Außerdem wurden angeboten:

– Faltblatt: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die Bilanz ist positiv“

– Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

– Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die innenpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

– Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die außen- und deutschlandpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

– Wandzeitung: „Die Bilanz ist positiv“

In ansprechender Form zeigte diese Wandzeitung durch eine gelungene Mischung von Text und Bild die eindrucksvollen Ergebnisse der Regierung Helmut Kohl. Anschauliche Graphiken zeigten deutlich: Die Wirtschaft wächst 1984 wieder, die Preissteigerungen sind von 5,3 % 1982 auf sensationelle 1,7 % (August 1984) gesenkt und die Neuverschuldung wird weiter konsequent abgebaut. Zu so wichtigen Stichworten wie z.B. Rentenpolitik, Familienpolitik, Abbau von Bürokratie, Rekordjahr für Ausbildungsplätze und mehr Forschung für die Zukunft lieferten kurze Textbeiträge die wichtigsten Fakten. Portraits von Regierungsmitgliedern zeigten, daß Helmut Kohl eine hervorragende Regierungsmannschaft hat.

– Magazin: „Weitersagen“

Zur Fortsetzung der Ende 1984 begonnenen Leistungskampagne produzierte die CDU-Bundesgeschäftsstelle Anfang 1985 das Magazin „Weitersagen“. Auf 12 Seiten verdeutlicht es umfassend und detailliert die Leistungen der CDU-geführten Bundesregierung. Für die wahlkampf-führenden Landesverbände Berlin, Saarland und in Nordrhein-Westfalen gab es regionalisierte Sonderausgaben.

**Materialien Aktion Leistungsbilanz  
„2 Jahre Regierung Helmut Kohl“**

**Auflage**

2590	Argumentationsfaltblatt „Die Bilanz ist positiv“	310.675
2591	Zeitung „2 Jahre Regierung Helmut Kohl“	1.530.000
2602	Magazin „Weitersagen“	3.572.900
5593	Broschüre: Die wirtschaftspolitischen Leistungen	54.730
5594	Broschüre: Die innenpolitischen Leistungen	55.600
5595	Broschüre: Die außenpolitischen Leistungen	55.325

## 7. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

In Absprache mit den einzelnen Landesverbänden unterstützte die Bundesgeschäftsstelle die Landtagswahlkämpfe im Berichtszeitraum. Bei den Landtagswahlen im Saarland, der Abgeordnetenhauswahl in Berlin und dem laufenden Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen hat die Bundesgeschäftsstelle eine noch intensivere Unterstützung gegeben:



## 1. Organisatorische Unterstützung

- a) Veranstaltungen des Bundeskanzlers  
Die Bundesgeschäftsstelle zeichnet sich für die 18 Veranstaltungen des Bundeskanzlers anlässlich der Landtagswahlen verantwortlich. Sie sorgt für Dekoration, Rahmenprogramm und die technische Durchführung.
- b) Bundesrednereinsatz  
Für alle drei Landtagswahlen wird ein Bundesrednereinsatz wie bei Bundestagswahlen gesteuert (einschließlich Fahrbereitschaft, Lautsprecherhilfe usw.). Insgesamt werden 50 Bundesredner betreut, die ca. 700 Veranstaltungen durchführen werden.  
Weitere Einzelheiten zum Rednereinsatz bei den Landtagswahlen finden Sie unter III. 4.2. Bundesrednereinsatz.
- c) Sonstige organisatorische Hilfen  
Wie üblich hilft die Bundesgeschäftsstelle den Landesverbänden mit der Ausleihung von Lautsprecherwagen, Lautsprecheranlagen etc.

## 2. Politische Beratung

Die Bundesgeschäftsstelle erarbeitete in Absprache mit den Landesverbänden Reden, Dokumentationen, Programme und Analysen. Darüber hinaus wurde textliche Hilfe geleistet.

Bei der Auswahl von Orten für Kongresse und für Sitzungen von Bundesfachausschüsse wurden insbesondere die Interessen der drei wahlkampfführenden Landesverbände berücksichtigt. Im folgenden eine Auswahl aus den Zuarbeiten:

- a) Außensitzungen der Bundesfachausschüsse im Saarland und Berlin
- b) Auswertungen über die SPD-Spitzenkandidaten in Nordrhein-Westfalen und Berlin
- c) Mitarbeit am umweltpolitischen Programm der CDU-Saar
- d) Erarbeitung eines sportpolitischen Programms für Nordrhein-Westfalen
- e) Gutachten zum Thema: „Umweltschutz als Verfassungsziel“
- f) Inhaltliche Vorarbeiten zu folgenden Themen:
  - „Soziale Marktwirtschaft“
  - „Die wirtschaftliche Zukunft des Ruhrgebiets“
  - „Umweltschutz-Kongreß in Bonn“
- g) Umweltschutz-Kongreß am 7.2.85 im Ruhrgebiet
- h) Auswertung Kommunalwahlergebniss und Grüne
- i) Diverse Flugblätter zu Einzelthemen

## 3. Werbliche Unterstützung

- 1. Erarbeitung eines 12seitigen, vierfarbigen Massenverteilungsmittels mit dem Titel „Weitersagen“ in Fortsetzung der Leistungskampagne mit jeweils sechs Sonderseiten für die drei wahlkampfführenden Landesverbände.

Kostenlose Grundausstattungen: Bundesweit je 1.000 Exemplare pro Kreisverband, insgesamt 206.000 Exemplare.

Ausnahmen waren die wahlkampfführenden Landesverbände, sie erhielten:

a) Nordrhein-Westfalen:	2.283.000
b) Berlin:	350.000
c) Saarland:	400.000

### 2. Regionalisierung UiD

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat die Möglichkeit geschaffen, daß der UiD seit Januar für Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit einem gesonderten Regionalteil erscheint, was für die Landesverbände eigene Wahlkampfdienste erübrigt.

Saarland: 7 Sonderbeilagen seit dem 17.01.1985

Nordrhein-Westfalen: Sonderbeilagen ab 07.02.1985 bis zum Wahltag am 12.05.1985, (UiD Nr. 7/85 enthielt die Darstellung aller Werbemittel des Landtagswahlkampfes)



3. Direct-Marketing  
Durchführung einer Spendenaktion für das Saarland.
4. Deutsches Monatsblatt  
Das Deutsche Monatsblatt wird für Nordrhein-Westfalen ebenfalls in einer regionalisierten Ausgabe erscheinen.

## **8. Für eine neue Partnerschaft -Die Frau in Beruf, Familie und Politik-**

In seiner Sitzung am 10. Dezember 1984 hatte der Bundesvorstand der CDU beschlossen, auf dem 33. Bundesparteitag in Essen (20.-22. März 1985) die Situation der Frauen in Gesellschaft, im Arbeitsleben, in der Familie und in der Politik in den Mittelpunkt der Parteitagsberatungen zu stellen. Frauenpolitik ist für die CDU kein neues Thema. Bereits 1975 hat die CDU auf ihrem Mannheimer Parteitag wesentliche Forderungen zur rechtlichen und sozialen Gleichstellung der Frau beschlossen, die sie jetzt als führende Regierungspartei verwirklicht. Christlich-demokratische Politik will Wahlfreiheit für Männer und Frauen, daß heißt, sie will die Voraussetzung dafür schaffen, daß ihnen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen.

Am 4. Februar 1985 hat der Bundesvorstand die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ — verabschiedet. Der Entwurf für diesen Leitantrag wurde von einer Kommission unter dem Vorsitz des Generalsekretärs erarbeitet. Eine umfassende Dokumentation der Bundesgeschäftsstelle zum Thema der Leitsätze wurde den Parteigliederungen zugesandt.

Die auf dem Stuttgarter Parteitag begonnene Diskussion über die Auswirkungen neuer Technologien auf die Berufs- und Alltagsituationen der Frauen wurde weitergeführt. Am 29. Januar fand im Konrad-Adenauer-Haus ein Hearing zum Thema „Frauenbeschäftigung und neue Technologien“ mit 23 Sachverständigen und ca. 300 Zuhörern statt. Das Hearing, das mit einem Vortrag von Frau Bundesminister Dr. Dorothee Wilms eingeleitet wurde, stieß bei den Medien auf breite Resonanz. Die Stellungnahmen der Sachverständigen wurden in Form einer Dokumentation veröffentlicht.

Das 6. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch fand am 25. Februar statt. Unter Leitung von Bundesminister Dr. Dorothee Wilms diskutierten prominente Politikerinnen der CDU, Vertreter der Wissenschaft und Wirtschaft sowie Feministinnen über das Thema: „Abschied von der Männergesellschaft? Frauen und Männer auf dem Weg zur neuen Partnerschaft“. Die Schriftstellerin Herrad Schenk und CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler leiteten in die Thematik ein. An der Veranstaltung nahmen 400 Zuhörer teil, die sich auch engagiert an der Diskussion beteiligten.

Der 33. Bundesparteitag der CDU vom 20. bis 22. März wird einen Tag lang in einer offenen Aussprache, an der 500 Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen als Gäste teilnehmen werden, die „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ diskutieren und beschließen.





# II. Parteigremien

## 1. Präsidium

Das Präsidium trat während seiner Amtszeit — ab 31. Bundesparteitag 24. - 26.05.1983 in Köln — zu 25 Sitzungen zusammen.

Es befaßte sich während des Berichtszeitraumes schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik
- Friedensdiskussion
- Vorbereitung und Durchführung der Europawahlen
- Analyse der Landtags- und Kommunalwahlen
- Steuer- und Haushaltspolitik
- Familienpolitik
- Sozialpolitik  
(Renten, Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht, Reform der Hinterbliebenenversorgung, Reform der Krankenhausfinanzierung)
- Umweltpolitik / Einführung des Katalysatorautos
- Arbeitsmarktpolitik / Ausbildungsplatzproblematik
- Auseinandersetzung mit den Grünen
- Innere Sicherheit
- Ausländerrecht
- Medienpolitik
- Personalsituation und Strukturfragen der Bundeswehr
- Darstellung der Leistungen der Bundesregierung
- Leitsätze zur Frauenpolitik

## 2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 18 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen: (s. Präsidium)

Außerdem:

- Verabschiedung des Programmentwurfs zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages für den 32. Bundesparteitag „Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre - Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“
- Berufung und personelle Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse
- Richtlinien im Zusammenhang mit dem Parteienfinanzierungsgesetz
- Verabschiedung der Etats der CDU-Bundesgeschäftsstelle für 1983/1984 und 1985
- Leistungskampagne „2 Jahre Regierung Helmut Kohl“
- Seniorenarbeit in der CDU

- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages für den 33. Bundesparteitag „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“
- Erklärung zu den Zielen und Folgen der Politik der Grünen

### 3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu drei Sitzungen zusammen:

#### 12.12.1983

- Bilanz der einjährigen Amtszeit der von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl geführten Koalitionsregierung von CDU/CSU und F.D.P.
- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Stellv. Parteivorsitzenden Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg über die wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung
- Bericht des Stellv. Parteivorsitzenden Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm zu sozialpolitischen Fragen

#### 20.02.1984

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über das von der Zukunftskommission Jugend erarbeitete „Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“
- Verabschiedung des „Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“
- Nominierung der CDU-Delegierten zum V. EVP-Kongreß 1984

#### 01.10.1984

- Begrüßung des Bundesausschusses durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen sowie Bericht zur Lage in Berlin
- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage sowie Leistungsbilanz nach zwei Jahren Bundesregierung
- Bericht des Generalsekretärs Bundesminister Dr. Heiner Geißler über Leistungen und Aufgaben der CDU als Regierungspartei
- Bericht des Stellv. Parteivorsitzenden Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm zur Sozialpolitik der Bundesregierung

### 4. Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum unter der Leitung des Bundesgeschäftsführers zu 16 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktt Themen:

- Vorbereitung und Durchführung der Herbstaktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ 10.000 Friedenstag der CDU
- Europawahlkampf
- Übernahme der technischen Modalitäten des ab 01.01.1984 in Kraft getretenen Parteienfinanzierungsgesetzes
- Aufbau eines CDU-Kommunikationsnetzes
- Bundesweites Pauschalabkommen mit der GEMA



- Haftpflichtrahmenvertrag für den Gesamtbereich der CDU
- Vorbereitung der innerparteilichen Diskussion über den Leitantrag des Bundesvorstandes zum 32. Bundesparteitag der CDU „Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre - Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“
- Aktion „2 Jahre Bundesregierung Helmut Kohl“
- Vorbereitung von Veranstaltungen anlässlich des 40jährigen Gründungsjubiläums der CDU im Jahre 1985
- Seniorenarbeit in der CDU
- Analyse der Landtags- und Kommunalwahlen
- Auseinandersetzung mit den Grünen
- Vorbereitung der innerparteilichen Diskussion über den Leitantrag des Bundesvorstandes zum 33. Bundesparteitag der CDU „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“

## 5. Bundesfachausschüsse

### 5.01 Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Minister Kurt Böckmann MdL  
 Stellvertr.: Rolf Klein MdL  
 Dr. Karl Miltner MdB

Der Fachausschuß hat sieben Sitzungen durchgeführt.

Der Fachausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Konzept zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung
- Konzept zur Ausländerpolitik
- Thesen zum Datenschutz
- Innere Sicherheit und Datenschutz
- Thesen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Der Ausschuß erarbeitete Stellungnahmen zu den Themen:

- Aufnahme des Umweltschutzes als Staatszielbestimmung in das Grundgesetz?
- Hauptwohnungsbegriff im Melderechtsrahmengesetz

Die Arbeitsgruppe Innere Sicherheit im Fachausschuß koordiniert zusätzlich die Arbeit der Polizeiarbeitskreise in den CDU-Landesverbänden.

### 5.02 Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzender: Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB  
 Stellvertr.: Dieter Graf Landsberg-Velen

#### Anzahl der Sitzungen:

- 3 BFA-Sitzungen
- 1 Hearing
- 3 Sitzungen ad-hoc-Gruppe Vereinsförderung
- 3 Sitzungen ad-hoc Gruppe „Sport und Umwelt“
- 1 Sitzung des Arbeitskreises Leistungssport
- 2 Sitzungen Arbeitsgruppe Kommunalpolitik (BFA Innen)

### **Themenschwerpunkte der Beratungen:**

- Sport und Umwelt  
Herausgabe einer Dokumentation zum Hearing; Veröffentlichung des Hearing-Protokolls
- Vereinsförderung  
Beschluß-Entwurf des BFA-Sport zur Steuererleichterung für Sportvereine
- Förderung des Spitzensports im Hinblick auf Verbesserung der sportmedizinischen, der sportfachlichen Betreuung und der sozialen Absicherung der Athleten

### **Gespräche des BFA Sport mit Verbänden**

Es fanden Gespräche mit folgenden Verbänden statt:

- Deutsche Sportjugend
- Deutsche Automobilsportverbände
- Deutscher Schützenbund
- Allgemeiner Deutscher Hochschulsportverband

## **5.03 Bundesfachausschuß Kulturpolitik**

Vorsitzender: Minister Dr. Peter Bendixen MdL  
Stellvertr.: Parl.Staatssekretär Anton Pfeifer MdB  
Dr. Gerhard Rödding MdL

Der Fachausschuß hat drei Sitzungen durchgeführt.

### **a) Arbeitsschwerpunkte**

Der Fachausschuß ist wichtiges Abstimmungsgremium zur Koordination der Kulturpolitik in den Ländern. Berichte und Diskussionen zur aktuellen Bildungspolitik nehmen daher einen breiten Raum ein. Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Novellierung des Hochschulrahmengesetzes
- Ausbildungsplatz-Situation 1984/85
- Schulen in freier Trägerschaft

Erstmals wurde am 19.10.1984 eine Klausursitzung von Vertretern des BFA Kultur der CDU und des Arbeitskreises für Kulturpolitik der CSU durchgeführt.

### **b) Arbeitsergebnisse**

- Der Ausschuß verabschiedet eine Erklärung zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes
- Der Ausschuß verabschiedete, nach Anhörung von fünf Fachverbänden, ein Positionspapier „Schulen in freier Trägerschaft“

### **c) Arbeitsvorhaben**

- Veranstaltungen und Aussagen der CDU zum Themenbereich „Kunst und Kultur“
- Die Ordnung des Sonderschulwesens
- Die Weiterentwicklung des gymnasialen Bildungsganges
- Verbesserung der Berufsbildungsreife

## **5.04 Bundesfachausschuß Jugendpolitik**

Vorsitzende: Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld MdL  
Stellvertr.: Gert Hammer  
Hans-Georg Warken

Der Fachausschuß hat acht Sitzungen durchgeführt

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Neuregelung des Jugendschutzgesetzes



- Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes
- Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes
- Probleme des Jugendmedienschutzes
- Jugendstiftungen
- Internationales Jahr der Jugend
- Wählerschaft der Grünen

Der Ausschuß verabschiedete folgende Beschlüsse:

- Leitlinien zur Jugendhilfe
- Aufruf an die Jugend zur Europawahl „JA ZU EUROPA“
- Empfehlungen zum Internationalen Jahr der Jugend

## **5.05 Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik**

Vorsitzender: Minister Dr. Jürgen Westphal MdL  
 Stellvertreter: Peter Jungen  
 Senator Elmar Pieroth MdA

Der Fachausschuß hat sechs Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Beratung des Leitantrages zum 32. Bundesparteitag (Stuttgarter Leitsätze)
- Leistungsfördernde Steuerpolitik
- Reform der Unternehmensbesteuerung
- Subventionsabbau

**Unterausschuß** „Forschungs- und Technologiepolitik“

Vorsitzender: Christian Lenzer MdB  
 Anzahl der Sitzungen: 6

**Unterausschuß** „Innovationspolitik“

Vorsitzender: Senator Elmar Pieroth MdA  
 Anzahl der Sitzungen: 3

## **5.06 Bundesfachausschuß Agrarpolitik**

Vorsitzender: Hans Peter Schmitz MdB  
 Stellvertreter: Karl Eigen MdB  
 Gerhard Kneib MdL

Der Fachausschuß hat fünf Sitzungen durchgeführt.

Folgende Themen standen im Mittelpunkt:

- Pachtfragen unter Einschluß von sogenannten Obergrenzen in der Tierhaltung
- Milchgarantiemenge und Kontingentierung
- 3. Agrarsoziales Ergänzungsgesetz - Erhöhung des Bundesanteiles von 75 auf 79%
- Neuformulierung und Fortschreibung des Agrarprogrammes der CDU und der CSU

Arbeitskreis I: „Mittel- und langfristige Fragen im Zusammenhang mit der EG“  
 Vorsitzender: Karl Eigen MdB

Arbeitskreis II: Steuer-/Pachtfragen  
 Vorsitzender: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln

Arbeitskreis III: Sozialpolitik  
 Vorsitzender: Günter Scharz MdB

Arbeitskreis IV: Raumordnung und Landschaftspflege  
Vorsitzender: Gerhard Kneib MdL

ad-hoc-Arbeitskreis: Neuformulierung des Agrarprogramms der CDU und der CSU  
Vorsitzender: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln

### **5.07 Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau:**

Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB  
Stellvertreter: Ingrid Roitzsch MdB  
Heinz Soënius MdL

Der Bundesfachausschuß hat 5 Sitzungen durchgeführt.

Im einzelnen liegen Beschlüsse zu folgenden Themenbereichen vor:

- zur Anpassung des Wohngelds im Rahmen der 6. Wohngeldnovelle
- zur Neuregelung der Wohneigentumsförderung
- zum Abbau der Mischfinanzierung
- zur Einführung des Baugesetzbuches

Im Ausschuß sind alle maßgeblichen wohnungswirtschaftlichen Organisationen vertreten, die ihre Positionen in die Sitzungen unmittelbar einbringen können.

### **5.08 Bundesfachausschuß Verkehrspolitik:**

Vorsitzender: Dirk Fischer MdB  
Stellvertreter: Dr. Günter Becker  
Gerhard O. Pfeffermann MdB

Der Fachausschuß hat 6 Sitzungen durchgeführt.

Im einzelnen hat der Ausschuß zu folgenden Themenbereichen Beschlüsse gefaßt:

- zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn
- zur europäischen Verkehrspolitik
- zur Sicherheit im Straßenverkehr
- zur Zweckmäßigkeit allgemeiner Geschwindigkeitsbeschränkungen

Darüber hinaus hat der Bundesfachausschuß eine Anhörung über die Möglichkeiten und Grenzen einer ordnungspolitischen Neuorientierung der Verkehrspolitik mit Vertretern maßgeblicher verkehrspolitischer Organisationen durchgeführt.

### **5.09 Bundesfachausschuß Energiepolitik**

Vorsitzender: Ludwig Gerstein MdB  
Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler MdHB  
Dr. Lutz G. Stavenhagen MdB

Der Fachausschuß hat 5 Sitzungen durchgeführt.

Er befaßte sich insbesondere mit der Aktualisierung des Energiepolitischen Programms der CDU von 1977. Er hat außerdem Ziffer 19 der Stuttgarter Leitsätze verfaßt und eine Dokumentation zur Energiepolitik der Grünen erarbeitet.

### **5.10 Bundesfachausschuß Umweltpolitik**

Vorsitzender: Senator Dr. Volker Hassemer MdA  
Stellvertreter: Dr. Reinhard Göhner MdB  
Staatssekretär Prof. Dr. Klaus Töpfer



Der Fachausschuß hat 5 Sitzungen durchgeführt.

#### **Arbeitsgruppen:**

AG "Abfallwirtschaft,,  
Vorsitzender: Peter Schuler

AG "Bodenschutz,,  
Vorsitzender: Dr. Reinhard Göhner MdB

AG "Umweltpolitik in Europa,,  
Vorsitzender: Dr. Reinhard Klein

Der Ausschuß hat zu folgenden Themenschwerpunkten Beschlüsse gefaßt:

- Grundsätzliche Forderungen zur Stärkung der Umweltpolitik
- Abfallwirtschaft
- Umweltpolitik in der EG
- Landwirtschaft und Umwelt.

Darüber hinaus hat sich der Bundesfachausschuß an der konzeptionellen Vorbereitung der beiden Kongresse

- "Boden und Landschaft - Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen,, am 13. November 1984 in Bonn und
- "Neue Wege im Umweltschutz - Nordrhein-Westfalen lebenswert erhalten,, am 7. Februar 1985 in Dortmund

beteiligt.

### **5.11 Bundesfachausschuß Sozialpolitik**

Vorsitzender: Senator Ulf Fink  
Stellvertreter: Staatssekretär a. D. Kurt Härzschel  
Roswitha Verhülsdonk MdB

Der Fachausschuß hat 6 Sitzungen durchgeführt. Die Arbeitsgruppen haben insgesamt 30 Sitzungen durchgeführt.

Neben der Erörterung aktueller Fragen der Sozialpolitik arbeitet der Bundesfachausschuß Sozialpolitik in fünf Schwerpunktbereichen an Konzeptionen für eine Neuorientierung der Sozialpolitik. Folgende Schwerpunkte standen im Mittelpunkt:

- Ausbau ambulanter Hilfen für alte und behinderte Menschen, Sozialpolitik für ausländische Mitbürger, Teilhaben der älteren Generation am gesellschaftlichen und politischen Leben
- Bestandsaufnahme und Fördermaßnahmen ehrenamtlicher Dienste und Selbsthilfegruppen
- Flankierende Arbeitsmarktpolitik, Standortbestimmung des Arbeitsrechts
- Programm zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen, Auswirkungen der neuen Technologien auf die Frauenbeschäftigung, Lebenssituation der älteren Frauen
- Die Bedeutung von Subsidiarität und Solidarität als Grundpfeiler der sozialen Ordnungspolitik: Fortsetzung der Arbeiten der CDU-Grundsatzkommission im sozialpolitischen Bereich

Der Ausschuß verabschiedete neben mehreren Presseerklärungen zu aktuellen sozialpolitischen Fragen ein Programm zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen, ein Positionspapier zur Sozialpolitik für ausländische Mitbürger und zum Ausbau ambulanter Hilfen für alte und behinderte Menschen.

### **5.12 Bundesfachausschuß Familienpolitik**

Vorsitzende: Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Stellvertreter: Norbert Schlottmann MdB  
Rita Waschbüsch MdL

## **a) Bisherige Arbeit**

Bisher 8 Sitzungen

Behandelte Themen:

- Familienlastenausgleich: Bildung einer Unterkommission
- Stiftung Mutter und Kind
- Soziale Sicherung/Hinterbliebenenversorgung
- Familienpolitische Aktivitäten in den Bundesländern
- Ehescheidungsrecht
- Erziehungsgeld
- Bildungspolitik

Außerdem sieht der Bundesfachausschuß eine wichtige Aufgabe darin, das Gespräch mit den familienpolitischen Verbänden fortzuführen und weiterzuentwickeln. Er ist bestrebt, familienpolitische Informationen vom Bund zu den Ländern und umgekehrt weiterzugeben und so einen kontinuierlichen Informationsfluß sicherzustellen.

Weiter wurde ein Gespräch mit Vertretern der Kirchen zur Kirchensteuer im Rahmen der Steuerentlastungsbeschlüsse geführt.

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik arbeitet in der „AG Frauenpolitik“ des Bundesfachausschusses Sozialpolitik mit.

## **b) Laufende Arbeit**

- Neue Technologien und die Auswirkungen auf die Familie, besonders auf die Familienrolle der Frau
- Rollenbild von Mann und Frau
- Ehescheidungsrecht
- Beschäftigungsförderungsgesetz

## **c) Themenschwerpunkte für die weitere Arbeit**

- Neue Technologien und ihre Auswirkungen auf die Familie
- Ältere Menschen in der Familie
- Familie und Medien

## **5.13 Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik**

Vorsitzender: Senatsdirektor Albrecht Hasinger

Stellvertreter: Dr. Hanna Neumeister, MdB

Minister Rudi Geil

Der Fachausschuß hat fünf Sitzungen durchgeführt.

### **Themenschwerpunkte**

- Neuordnung der Krankenhausfinanzierung
- Reform der Ärzteausbildung
- Kostentransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung
- Suchtkrankenhilfe
- Medizinische Orientierungsdaten

### **Beschlüsse**

- Konzept zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung
- Stellungnahme zu „Reform der Ärzteausbildung“
- Grundsatzpapier „Persönlichkeitsschutz und Transparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung“



Es wurden **Gespräche** geführt mit:

- Bundesgesundheitsamt Berlin
- Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker (ABDA)
- Berufsverband für Krankenpflege

## **5.14 Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik**

Vorsitzender: Volker Rühle MdB  
Stellvertreter: Elmar Brok MdEP  
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

**Anzahl der Sitzungen:** 8

Ständige Arbeitsgruppen: 2

### **Themenschwerpunkte und Beschlüsse**

- KVAE in Stockholm
- Wahl zum Europäischen Parlament
- Französische Europapolitik - Vorstellungen und Probleme
- Latein- und Mittelamerika
- Perspektiven der Außenpolitik der Sowjetunion
- Deutschlandpolitik: Motive und Zielsetzungen der Beziehungen zur DDR
- Chancen der Realisierung einer Europäischen Union
- Beschluß zur Wiederherstellung der Demokratie auf Malta
- Beschluß zu den Äußerungen des italienischen Außenministers Adreotti
- Beschluß zur Lage in Nicaragua
- Beschluß zur Europapolitik der CDU

### **Gespräche des BFA**

- mit dem Botschafter der Republik Frankreich, S.E. Jaques Morizet
- mit Vertretern der Stiftung Wissenschaft und Politik / Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP) Ebenhausen
- mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln

## **5.15 Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik**

Vorsitzender: Karl Lamers MdB  
Stellvertreter: PStS Dr. Volkmar Köhler MdB  
Prof. Dr. Klaus Simon

**Anzahl der Sitzungen:** 9

Ständige Arbeitsgruppen: 9

ad-hoc-Arbeitsgruppen: 4

### **Themenschwerpunkte und Beschlüsse**

- Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und die Nord-Süd-Partnerschaft (Beitrag zum Antrag des Bundesvorstandes zum 32. Bundesparteitag)
- Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Entwicklung in der Dritten Welt
- Beschluß zum Wahlausgang in El Salvador
- Erklärung zur Lage im südlichen Afrika
- Beschluß zum Wahlausgang auf den Philippinen
- Beschluß zur Verschuldungsproblematik

- Beschluß zur Weltbevölkerungspolitik
- Beschluß Sonderpostwertzeichen „Entwicklungspolitik / Dritte Welt“
- Beschluß zur Lage in Nicaragua
- Beschluß zum Welttextilabkommen
- Broschüre „Entwicklung, Partnerschaft, internationale Solidarität - Die Entwicklungspolitik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands“
- Entwicklung und Rüstung
- Neue Entwicklungspolitische Konzeption

#### **Gespräche des BFA**

- mit den Kirchen
- mit dem DGB
- mit dem Botschafter der Argentinischen Republik, S.E. Roberto E. Guyer
- mit dem Planungsminister von El Salvador, Herrn Chavez Mena, und S.E. Dr. José Horacio Trujillo, Botschafter von El Salvador.

### **5.16 Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik**

Vorsitzender: Markus Berger MdB  
 Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB  
 Dr. Paul Wilhelm Kolb

**Anzahl der Sitzungen:** 6

ad-hoc-Arbeitsgruppen: 2

#### **Themenschwerpunkte und Beschlüsse**

- Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers
- Verteidigungsstrategien für die 90er Jahre
- Beschluß „Der europäische Beitrag zur Sicherung des Friedens“
- Erklärung zum Bundestags-Hearing über „alternative“ Verteidigungsstrategien
- Erklärung zur weltraumgestützten „Strategischen Verteidigungsinitiative“ der USA
- Beschluß „Für eine engere deutsch-französische Verteidigungs-Zusammenarbeit“
- Beschluß „Die Atomschwelle heben - Neue Rüstungstechnologien und die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland“

### **5.17 Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen**

Vorsitzender: Staatsminister Friedrich Vogel MdB

**Vorstand und Koordinierungsausschuß** des BACDJ befassen sich in regelmäßigen Sitzungen mit allen aktuellen Themen der Rechtspolitik. An diesen Sitzungen nehmen die Justizminister der unionsgeführten Bundesländer sowie der Senator für Bundesangelegenheiten von Berlin teil.

Darüber hinaus werden in zur Zeit neun **Fachkommissionen** spezielle Themen behandelt.

#### **1. Fachkommission Zukunftsprobleme der Rechtspolitik**

Die Kommission hat die Aufgabe, Themen aufzuspüren, die zu einem späteren Zeitpunkt für die politische Diskussion relevant werden können.

#### **2. Fachkommission Ehe- und Familienrecht**

Arbeitsschwerpunkte: Scheidungsfolgenrecht, insbesondere Unterhaltsrecht, Versorgungsausgleich, Jugendwohlfahrtsgesetz.

#### **3. Fachkommission Kriminalpolitik**

Arbeitsergebnis: die am 31. Januar 1985 der Öffentlichkeit vorgestellten Thesen zur Kriminalpolitik.

4. **Fachkommission Jugendstrafvollzug**  
Arbeitsergebnis: die in der Pressekonferenz am 31. Januar 1985 vorgestellten Leitsätze zum Jugendstrafvollzug sowie Stellungnahme zum Entwurf eines Jugendstrafvollzugsgesetz.
5. **Fachkommission Verbraucherschutz**  
Themenschwerpunkte: UWG-Novelle, Urheberrechtsschutz, Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften.
6. **Fachkommission Fortschreibung des rechts- und justizpolitischen Programms der CDU**  
Themenschwerpunkte: Ergänzung des rechts- und justizpolitischen Programms der CDU durch einen sozialrechtlichen (vom Generalsekretär der CDU bereits genehmigt) sowie einen arbeitsrechtlichen Teil.
7. **Fachkommission Kartellrecht**  
Themenschwerpunkt: Vorschläge zur Verstärkung des wettbewerblichen Elements in den §§ 99 ff. GWB.
8. **Fachkommission Vierter Rechtspolitischer Kongreß**  
Themenschwerpunkt: Vorbereitung eines Vierten Rechtspolitischen Kongresses von CDU und CSU im Januar 1986 in Karlsruhe.
9. **Gesprächskreis Recht und Technik**  
Arbeitsergebnis: Fragenkatalog zur Gentechnologie.  
Weitere Themen: zur Notwendigkeit der Erstellung einer Datenverkehrsordnung; die Problematik der Verselbständigung technischer Normen.

Die Fachkommissionen Juristenausbildung und Verwaltungsprozeßordnung haben ihre Arbeit nach Vorlage entsprechender Entwürfe und Weiterleitung an die zuständigen Fachgremien abgeschlossen.

## 6. Kommissionen

### 6.1 Zukunftskommission „Soziale Sicherung“

Am 26. Februar 1982 hat sich die Kommission „Soziale Sicherung“, die vom Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands berufen wurde, konstituiert.

Aufgabe der Kommission ist es, einen Bericht zu erarbeiten über die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung, über den Zusammenhang von Renten- und Familienpolitik, über die Folgen des dramatischen Geburtenrückgangs auf die Sozialversicherung und über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Hinterbliebenenrecht.

Die Kommission hat 32 Mitglieder. Sie wird vom Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, geleitet; stellvertretender Vorsitzender ist Senator Ulf Fink. Die Kommission hat - vorbereitet durch 11 Sitzungen einer „Kleinen Kommission“ - neunmal getagt.

Seit dem Bundesparteitag der CDU 1983 hat die „Kleine Kommission“ einmal getagt. Die Arbeit der Kleinen und Großen Kommission „Soziale Sicherung“ wurde in einem Ergebnispapier zusammengefaßt, das dem Bundesvorstand der CDU zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

### 6.2 Zukunftskommission Jugend

Der 31. Bundesparteitag der CDU hat am 26. Mai 1983 der Zukunftskommission den Auftrag erteilt, die Anträge und Diskussionen des Parteitages zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit auszuwerten und konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler und der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Dr. Renate Hellwig MdB, erstellte die Kommission den Entwurf eines „Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“.



Dieser Entwurf wurde im Oktober 1983 allen Gliederungen der Partei mit der Bitte zugeleitet, die Vorstellungen der Kommission zu prüfen. Anfang 1984 lagen der Zukunftskommission rund 180 Vorschläge zur Ergänzung oder Änderung des Textes vor, die, soweit möglich, nach eingehender Beratung eingearbeitet wurden. Mit einigen weiteren Änderungen machte sich am 23. Januar 1984 der Bundesvorstand diesen Programmentwurf zu eigen und leitete ihn als Hauptantrag dem Bundesausschuß am 20. Februar 1984 zu. Die Delegierten des Bundesausschusses haben das „Programm der CDU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ nach Diskussion und Berücksichtigung von Änderungsanträgen einstimmig beschlossen.

In seiner Einbringungsrede erklärte Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gebe es keine Patentrezepte. Möglich sei nur der Weg der vielen kleinen Schritte, die kurz- und mittelfristig möglich seien, um jungen Menschen zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu verhelfen. Der Generalsekretär bezeichnete das Programm als „praktische Maßnahmenpalette“, die helfen soll, die vielen „Stolpersteine“ wegzuräumen auf dem Weg zu einer guten Berufsausbildung und einem sicheren Arbeitsplatz.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gehören u.a.:

- Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von Mädchen und jungen Frauen
- Neuregelung der zwingenden Anrechnung des Berufsbildungsjahres
- Vollausbildung in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung

In diesem Programm wird noch nicht Stellung genommen zum Problem der Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen. Die Zukunftskommission Jugend ist beauftragt, auf der Basis bereits vorhandener Entwürfe weiterzuarbeiten und einen programmatischen Vorschlag vorzulegen.

### **6.3 Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU**

Im Mittelpunkt der Arbeit standen in der Zeit von Mai 1984 bis Februar 1985:

1. Beratungen über das neue Medienprogramm „Medien von morgen - Programm der CDU/CSU für eine freiheitliche Informations- und Kommunikationspolitik“
2. Die erstmals durchgeführte Düsseldorfer Medienveranstaltung für Künstler und Medienschaffende „CDU-Treffpunkt“
3. Intensive Erörterung der wirtschaftlich-technischen Fragen der Neuen Medien
4. Zahlreiche Anregungen zur Gestaltung des „Staatsvertrages zur Neuordnung des Rundfunkwesens“

Zu den weiteren inhaltlichen Schwerpunkten der Tätigkeit des Ausschusses zählten:

- Anstrengungen auf dem Gebiet der journalistischen Nachwuchsförderung
- eingehende Beratung von Fragen zur europäischen Medienpolitik
- das 10. Filmgespräch des CDU/CSU in München mit Ministerpräsident Franz Josef Strauß
- Medienkongreß der Unionspartei am 27./28. Februar in Mainz

Der in Mainz am 27. und 28. Februar 1985 veranstaltete Medienkongreß der CDU/CSU stand unter dem Leitwort „Medien von morgen - für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt“. Das außerordentlich starke Interesse der Fachwelt an diesem Kongreß unterstrichen rund 1.000 Teilnehmer. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel, Bundespostminister Dr. Christian Schwarz-Schilling, Staatssekretär Dr. Edmund Stoiber und der Kongreßleiter Dr. Werner Remmers zeigten in vielbeachteten Grundsatzreferaten den Weg in die medienpolitische Zukunft auf.

Ein besonderer Akzent lag auf der Präsentation der vorhandenen elektronischen Technik und der neuen Programme der privaten Rundfunkveranstalter in Form einer Sonderschau, die im Rahmen des

Kongresses durchgeführt wurde. In drei Foren wurde das neue Medienprogramm der CDU/CSU, wirtschaftlich-technische Fragen der Neuen Medien und die Wirkung der Neuen Medien auf Familie, Kultur und Journalismus intensiv erörtert.

Die Union hat in einer Zeit, die durch technische Innovationen wie Kabel- und Satellitenfunk, Aufhebung des Rundfunkmonopols, das gleichberechtigte Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk und die Auswirkungen der Neuen Medien auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt geprägt ist, mit diesem Kongreß eine breite Öffentlichkeit erreicht und der Fachöffentlichkeit bedeutende Impulse vermittelt.

## **6.4 Europawahl-Kommission**

Aufgabe dieser Arbeitsgruppe war die politische und programmatische Vorbereitung des Europawahlkampfes, insbesondere die Erstellung eines Aufrufes der CDU zur Wahl des Europäischen Parlaments am 17. Juni 1984. Die Arbeitsgruppe 'Europawahlkampf' tagte 3 mal.

Schwerpunkte der programmatischen Aussage waren:

- Europa sichert Frieden und Freizügigkeit
- Europa sichert Wohlstand und Arbeit
- Europa sichert eine natürliche Umwelt
- Die Europäische Einigung sichert unsere Zukunft

Der Slogan der Bundesgeschäftsstelle für die Europawahl knüpfte an den zur Bundestagswahl 1983 gewählten Slogan an:

„Aufwärts mit Deutschland - Mit uns für Europa“

Auf dem Europatag des 32. Bundesparteitags in Stuttgart wurde der Wahlauftrag verabschiedet.

## **6.5 Kommission zur Erarbeitung der „Leitsätze für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“**

Am 4. Februar 1985 hat der Bundesvorstand der CDU den Generalsekretär beauftragt, unter seinem Vorsitz eine Kommission zu berufen, die einen Entwurf zum Thema Frauenpolitik erarbeitet. Der Generalsekretär Dr. Heiner Geißler hat 21 Frauen und vier Männer aus Politik, Wissenschaft und Verbänden berufen. Die Kommission tagte am 15. und 24. Januar 1985 und legte am 04. Februar dem Bundesvorstand der CDU ihren Entwurf vor.

## **6.6 Kommission „Wissenschaft, Technik und Ethik“**

Die Kommission wird ihre Arbeit im Frühjahr 1985 aufnehmen.

## **6.7 Kommission „Ladenschluß“**

Die Kommission hat ihre Arbeit im Frühjahr 1985 aufgenommen.

# **7. Bundesparteigericht**

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. Juni 1983 bis 28. Februar 1985 zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen. Von den in diesem Zeitraum insgesamt anhängigen 25 Parteigerichtssachen konnten zehn Verfahren aus den Jahren 1982 bis 1984 abschließend behandelt werden; noch offen sind 15 Verfahren, von denen jedoch neun erst nach der bisher letzten Sitzung des Bundesparteigerichts anhängig wurden. Die vorgenannten insgesamt 25 Parteigerichtssachen umfassen acht Ausschlußverfahren, sieben Streitigkeiten aus dem Bereich der Jungen Union, vier Anfechtungen von Kandidatenaufstellungen zu öffentlichen Wahlen, zwei Anfechtungen parteiinterner Delegiertenwahlen sowie eine Anfechtung von Delegiertenwahlen im Zusammenhang mit einer Kandidatenaufstellung zu öffentlichen

Wahlen, eine Ermächtigung zur Einberufung der Hauptversammlung eines Ortsverbandes, ein Antrag auf Erlaß einer Einstweiligen Anordnung sowie eine Streitigkeit über die Zulassung eines nicht der CDU oder CSU angehörenden Rechtsanwalts als Verfahrensbevollmächtigter bei den Parteigerichten der CDU. Soweit im Berichtszeitraum zehn Parteigerichtsverfahren abgeschlossen werden konnten, wurden in sechs Fällen die Rechtsbeschwerden/Beschwerden/Anträge zurückgewiesen; in zwei Verfahren wurden die Entscheidungen von Landesparteigerichten aufgehoben und die betreffenden Parteigerichts-sachen dorthin zurückverwiesen, und in zwei Fällen konnte eine vergleichsweise abschließende Regelung gefunden werden.

Das Bundesparteigericht der CDU beabsichtigt, die Zusammenarbeit mit den CDU-Landesparteigerichten und mit den Bundesvereinigungen der Partei zu intensivieren und dabei schrittweise auch unter Benutzung der neuen technischen Möglichkeiten der CDU-Bundesgeschäftsstelle für eine gegenseitige Information über getroffene, rechtskräftig gewordene Entscheidungen zu sorgen. Ferner sollen die Erfahrungen der Landesparteigerichte auch für eine Überprüfung der Parteigerichtsordnung der CDU und der dazugehörigen Statuten-Bestimmungen sowie für die etwaige Ausgestaltung der meist fehlenden besonderen Schiedsgerichtsbarkeit der Vereinigungen ausgewertet werden.



# III. Die Bundesgeschäftsstelle

## 1. Personal/Verwaltung

### 1.1. Organisationsstruktur der Bundesgeschäftsstelle

Der Personalbestand der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Gegenüber den Jahren 1974 - 1976 ist er sogar um rund 10 Prozent gesunken. Ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr erklärt sich daraus, daß die Bundesgeschäftsstelle bestimmte Aufgaben der Bauunterhaltung des Konrad-Adenauer-Hauses, im Bereich Bildschirmtext und beim Aufbau einer Informations- und Datenbank übernommen und inzwischen vier Auszubildende eingestellt hat.

Im Berichtszeitraum konnten durch die Abteilung Verwaltung eine Reihe von Versicherungen abgeschlossen bzw. modifiziert werden, so wurde beispielsweise der Schutz durch Versicherungen kompletter gestaltet.

Die Initiativen im Bereich der Aus- und Weiterbildung der hauptamtlichen Mitarbeiter wurden im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt, probeweise wurde erstmals ein Seminar durchgeführt, das den Hauptamtlichen eines Landesverbandes nicht nur die Möglichkeiten einer besseren Arbeitsorganisation, sondern auch des „Streßabbaus“ aufzeigen sollte. Diese Form der Seminare wird ebenso fortgesetzt wie die traditionellen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, die die Themen „Organisation“, „Führung“, „Motivation“, „Finanzen“ etc. beinhalten.

Die Verwaltung der Stiftung Versorgungswerk hatte in den zurückliegenden Jahren eine Vielzahl von Einzelfällen zu bearbeiten; diese Arbeit wurde und wird nicht nur für die Bundesgeschäftsstelle, sondern für die gesamte Partei geleistet und auch finanziell getragen. Insgesamt genießen heute ca. 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Versorgungszulagen, 160 ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beziehen eine zusätzliche Altersversorgung. Die Leistungen der Stiftung Versorgungswerk werden den veränderten gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepaßt.

### 1.2. Parteifinanzierung

Das „Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze“ ist am 01. Januar 1984 in Kraft getreten. Für die Parteienfinanzierung und die praktische Parteiarbeit auf allen Ebenen der Partei bringt dieses Gesetz zum Teil wichtige Neuerungen.

Ein wesentliches Element ist die steuerrechtliche Neuregelung für Spenden und Mitgliedsbeiträge. Generell gilt, daß Spenden und Mitgliedsbeiträge entweder bis zu insgesamt 5 Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte oder bis zu insgesamt 2 Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter bei den Spendern bzw. bei den Mitgliedern steuerlich absetzbar sind, soweit nicht der besondere steuerliche Abzug (bei Zahlungen bis zu 1.200,— DM bei Ledigen und 2.400,— DM bei Verheirateten) in Anspruch genommen wurde.

Eine weitere Neuregelung betrifft die Rechenschaftslegung der Parteien. Die bisherigen Bestimmungen des Parteiengesetzes über Rechenschaftslegung und Rechenschaftsbericht sind wesentlich verändert und erweitert worden. Parteien haben zukünftig nicht nur ihre Einnahmen, sondern das Gesetz definiert auch ihre Ausgaben und ihr Vermögen genau. Über Wahlkampfkosten ist jeweils gesondert Rechenschaft zu legen, wobei die wahlkampfbezogenen Kosten einer jeden Wahl den wahlkampfbezogenen Einnahmen gegenüberzustellen sind.

Die Rechenschaftsberichte müssen von einem Wirtschaftsprüfer oder von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden, sie werden als Bundestagsdrucksache veröffentlicht und müssen auf dem auf die Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag erörtert werden.

Diese neuen Vorschriften haben eine ganze Anzahl von Umstellungen in der Erfassung, Verbuchung und im Rechenschaftsausweis bei den Kreisverbänden, Landesverbänden, der Bundespartei und den Vereinigungen notwendig gemacht.

Die Bundesgeschäftsstelle hatte - nach vorklärenden Gesprächen mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der Grünen) und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, den Mitgliedern der Bundesfinanzkommission, des Bundesfinanzausschusses, beratenden Wirtschafts- und Steuerprüfern sowie den Wirtschaftsprüfern der Landesverbände und den dort tätigen Buchhaltern - eine Vielzahl von Arbeitshilfen entwickelt, die die Konsequenz aus der neuen Gesetzgebung sind: der Kontenrahmen für die gesamte Partei wurde den neuen Erfordernissen angepaßt und mit überarbeiteten Richtlinien versehen; die Spenden- und Beitragsbescheinigungen wurden neu konzipiert und mit Erläuterungen über die neuen gesetzlichen Möglichkeiten versandt; für die örtliche Ebene der Partei wurde ein Kassenbuch entwickelt, das ohne bürokratischen Aufwand dort Vereinheitlichungen anstrebt, wo sie sachlich geboten sind (dieses Buch kommt selbstverständlich nur dort zur Anwendung, wo die zuständigen Kreisverbände das Recht zur Führung eigener Kassen ausdrücklich zubilligen); zur Erleichterung der Aufstellung der Haushalte und der Zusammenstellung der Rechenschaftsberichte wurden entsprechende Vorgaben erarbeitet.

Es gilt nunmehr, die bisher in der Praxis gesammelten Erfahrungen auszuwerten. Dies wird mit der Vorlage der Rechenschaftsberichte des Vorjahres geschehen.

Das neue Parteiengesetz sieht erstmalig Sanktionen für den Fall vor, daß eine Partei Spenden rechtswidrig erlangt oder Mittel nicht den Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechend verwendet oder aber Mittel nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht.

In einem solchen Fall verliert die Partei den Anspruch auf Erstattung der Wahlkampfkosten in Höhe des Zweifachen des betreffenden Betrages. Rechtswidrig erlangte Spenden müssen unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages abgeführt werden, von wo aus sie caritativen Organisationen zufließen.

## **2. Politik**

### **2.1 Planungsgruppe**

Im Aufgabenbereich der Grundsatz- und Planungsabteilung lagen

- die Vorbereitung von Presseerklärungen, Pressegespräche und Interviews des Generalsekretärs;
- Entwürfe für Reden, Vorträge, Artikel und Kolumnen;
- Die Redaktion der Programme „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“ und „Leitsätze der CDU für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“;
- die Geschäftsführung von Programmkommissionen;
- die Ausarbeitung von Dokumentationen und Analysen und
- die Vorbereitung verschiedener Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche.

### **2.2 Hauptabteilung Politik**

Die Hauptabteilung Politik hat drei Aufgabenschwerpunkte:

- die Analyse und Aufbereitung politikrelevanter Tatbestände und Entwicklungen,
- die Erarbeitung politischer Konzepte und
- die inhaltliche Darstellung von Programm und parteipolitisch zu verantwortendem Regierungshandeln gegenüber den Parteigliederungen und der Öffentlichkeit.

#### **2.2.1 Wissenschaftliche Politikberatung**

Die Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik bereiten für die Parteiführung und die Gliederungen der Partei den aktuellen Wissensstand in ihren jeweiligen Fachbereichen auf. Politische Entscheidungen



sollen so sachgerecht wie möglich vorbereitet werden und in ihren Auswirkungen überschaubar sein. Um die Übereinstimmung politischer Aussagen sicherzustellen, mußten auch die Kontakte zu den Parlamenten in Bund und Ländern intensiviert werden.

Die Schwerpunkte der analytischen Arbeit betrafen folgende Themen:

- Sicherung des Friedens in Freiheit (ethische Fragen, insbesondere Auseinandersetzung mit dem Pazifismus; Friedenspolitik im Bündnis; militärstrategische Fragen der Sicherung des Friedens; Friedenspolitik im Spannungsfeld gesellschaftlicher Gruppen und Bewegungen).
- Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit. Es wurden Vorlagen für den Bundestag in Köln 1983 und den Bundesausschuß in Bonn 1984 bis zur Beschlußreife entwickelt.
- Europa, speziell im Hinblick auf den Europa-Wahlkampf 1984.
- Soziale Sicherung angesichts veränderter demographischer Entwicklungen. Eine Vorlage für den Bundesausschuß 1985 steht vor dem Abschluß.
- Umweltschutz, insbesondere unter Beachtung der differenzierten Gegebenheiten bei Luft, Boden und Wasser.
- Die Situation der Frauen, insbesondere der jüngeren Frauen, in Familie, Beruf und Gesellschaft.
- Die Situation junger Menschen.

Als unverzichtbares Instrument bei der Vorbereitung politischer Entscheidungen hat sich die Durchführung von Anhörungen, Kongressen und Konrad-Adenauer-Haus-Gesprächen erwiesen. Sie bieten Wissenschaftlern, Fachleuten und sachkundigen Bürgern die Gelegenheit, der Partei ihre Auffassungen über mögliche Problemlösungen vorzutragen.

Folgende Veranstaltungen wurden von der Hauptabteilung Politik konzipiert:

- 27. September 1983: 3. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch „Der richtige Weg zum Frieden - Evangelium und Friedenspolitik.“ Streitgespräch zwischen Franz Alt und Heiner Geißler
- 8. November 1983: Europäischer Friedenskongreß mit internationaler Beteiligung im Konrad-Adenauer-Haus;
- 27. Februar 1984: Kongreß „Wachstum, neue Technik, Arbeit – Europa in den 80er Jahren“ im Konrad-Adenauer-Haus;
- 18. Mai 1984: Anhörung „Sport und Umwelt“ in Bonn;
- 16. Oktober 1984: 4. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch „Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus - Welche Zukunft hat Deutschland als Industrienation?“
- 13. November 1984: Fachkongreß „Boden und Landschaft“ im Konrad-Adenauer-Haus;
- 17. Januar 1985: 5. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch „Aussteigen oder Einsteigen? Wozu erziehen unsere Schulen?“
- 29. Januar 1985: Anhörung „Frauenbeschäftigung und neue Technologien“ im Konrad-Adenauer-Haus;
- 7. Februar 1985: Kongreß „Neue Wege im Umweltschutz“ in Dortmund.
- 25. Februar 1985: 6. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch „Abschied von der Männergesellschaft? Frauen und Männer auf dem Weg zur neuen Partnerschaft.“

Zu allen Veranstaltungen wurden zum Teil umfangreiche Materialien erstellt; die Ergebnisse wurden ausführlich dokumentiert.

Deutlich angestiegen ist auch das Interesse gesellschaftlicher Gruppen und von Interessenverbänden, mit Mitarbeitern der CDU ins Gespräch zu kommen, um ihre Positionen erläutern zu können und zugleich über den Stand der innerparteilichen Meinungsbildung informiert zu werden. Im Berichtszeitraum wurden von Mitarbeitern der Hauptabteilung 409 solcher Gespräche geführt.

Im Verlauf einer „Direct-mail-Aktion“ zu den Stuttgarter Leitsätzen sind rund 3.000 Rückläufe ausgewertet worden.





3. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch „Der richtige Weg zum Frieden – Evangelium und Friedenspolitik“



Europäischer Friedenskongreß mit internationaler Beteiligung im Konrad-Adenauer-Haus





Kongreß „Wachstum, neue Technik, Arbeit – Europa in den 80er Jahren“



Fachkongreß „Boden und Landschaft“

## 2.2.2 Entwicklung politischer Konzepte

Die Erarbeitung politischer Konzepte und Programme geschieht auf Bundesebene in Fachgremien, die dem Bundesvorstand direkt zugeordnet sind. Die Geschäftsführung dieser Gremien wird von Mitarbeitern der Hauptabteilung Politik wahrgenommen. In den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode waren 68 solcher Gremien zu betreuen, die insgesamt 234 Sitzungen durchführten. Zur Vorbereitung dieser Gremienarbeit wurden von den Referenten 124 Beschluß-Vorlagen erstellt. Auch das Antragswesen der Bundesparteitage in Köln und Stuttgart mit insgesamt 397 Anträgen und die Berichterstattung über die Durchführung von Parteitagbeschlüssen nach § 26 GO-CDU wurde durch Mitarbeiter der Hauptabteilung Politik besorgt.

Die Entwicklung und Begründung politischer Konzeptionen findet oft besonderen Niederschlag in Reden. Im Berichtszeitraum wurden 347 Rede-Entwürfe für die Parteiführung angefertigt.

Ein beispielhafter Akzent wurde in der Entwicklungspolitik gesetzt. In einer Broschüre „Entwicklung, Partnerschaft, internationale Solidarität“ wurden die von einem Fachausschuß konzipierten Grundsätze zur Entwicklungspolitik der CDU dargestellt. Zugleich wurden die Gliederungen der Partei aufgerufen, aktive Beiträge zur Entwicklungshilfe zu leisten. Inzwischen haben 120 Kreisverbände 134 Entwicklungshilfeprojekte in 38 Ländern mit rund 2,5 Millionen Mark unterstützt. Bei vielen Projekten dauert die Unterstützung an; zahlreiche neue Projekte sind bereits geplant.

## 2.2.3 Inhaltliche Darstellung

An die inhaltliche Darstellung der Politik der CDU sind seit Übernahme der Regierungsverantwortung besondere Anforderungen gestellt. Es galt nicht nur, über die Arbeit der CDU-geführten Bundesregierung zu informieren; es mußten auch - zum Teil provozierte - Mißverständnisse über politische Entscheidungen ausgeräumt und Informationslücken gefüllt werden. Starke Beachtung fand dabei vor allem die Darstellung der erfolgreichen Zwischenbilanz der Regierung Helmut Kohl in drei thematischen Broschüren und zusätzlichen Argumentationshilfen.

Zielgruppen dieser Arbeit waren zum einen die Mitglieder, die Mandats- und Funktionsträger der CDU, zum anderen die breite Öffentlichkeit. An aktuellen Informations- und Argumentationshilfen wurden im Berichtszeitraum erstellt:

- 41 Broschüren;
- 639 Artikel, Auswertungen, Argumentationskataloge;
  - davon 61 UfD-Dokumentationen;
  - 5 Kongreß-Dokumentationen;
  - 2 Handbücher.

Die Parteizentrale einer modernen Volkspartei hat heute Dienstleistungsfunktion nicht nur gegenüber ihren Gliederungen und Mitgliedern, sondern auch gegenüber Bürgern, die sich rat- und hilfesuchend an die Partei wenden. Die Parteien werden von den Bürgern wie Dienstleistungsbetriebe benutzt - von der Rentenberechnung bis zur Durchsetzung von Bebauungsplänen. Als zeitaufwendige, aber besonders wirkungsvolle Form der politischen Kommunikation zwischen Bürger und CDU hat sich das Briefwesen entwickelt. Immer mehr Bürger schreiben an den Parteivorstand, lassen sich über politische Entscheidungen informieren, geben Rat, melden Forderungen an und suchen Hilfestellung. Jeder Brief wird individuell beantwortet.

# 3. Öffentlichkeits- und Pressearbeit

## 3.1. Werbemittel

Die Materialien zur Friedensaktion, Europawahl und Leistungsbilanz - 2 Jahre Regierung Helmut Kohl sind in dem entsprechenden Kapitel des Berichts aufgeführt.



**Programme, Dokumentationen, Beschlüsse**

verteilte Auflage

verteilte Auflage im Zeitraum 01.05.1983 bis 01.03.1985

2077	Prospekt Umweltpolitisches Programm	36.450
2382	Argumentationsfaltblatt	24.800
2432	Zeitung zur Regierungserklärung	738.200
2608	Argumentationsfaltblatt: 5 Thesen zur Umweltpolitik	44.100
2915	Prospekt Grundsatzprogramm	49.500
3016	Der deutsche Widerstand und die CDU	834
3074	Die Geschichte der CDU	3.252
3279	Beschluß des 30. Bundesparteitages	1.200
3379	Broschüre - 1983 - Lutherjahr	3.410
3392	Wahlprogramm	3.600
3395	Handbuch für die politische Argumentation	6.605
3431	Protokoll des 31. Bundesparteitages	350
3434	Regierungserklärung	10.045
3438	Rede H. Kohl 31. Bundesparteitag	37.600
3439	Rede H. Geißler 31. Bundesparteitag	19.400
3440	Rede A. Dregger 31. Bundesparteitag	17.700
3478	Regierungserklärung vom 21.11.1983	1.800
3526	Rede H. Kohl Christliche Verantwortung	10.200
3528	Broschüre: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	18.510
3539	Broschüre: EAK / Barmen heute	3.100
3566	Protokoll des 32. Bundesparteitages (1-3)	359
3576	Rede A. Dregger 32. Bundesparteitag	5.300
3577	Rede H. Kohl 32. Bundesparteitag	5.300
3579	Rede H. Geißler 32. Bundesparteitag	5.250
3605	Rede H. Kohl Erfolgreiche und zielstrebige Regierungspolitik	1.700
3869	Die Programme der CDU	1.482
3885	Politisches Programm der EVP	7.350
3912	Grundsatzprogramm der CDU	68.287
5010	Broschüre: Mehr Humanität im Krankenhaus	4.260
5056	Broschüre: Weniger Bürokratie - mehr Freiheit	6.350
5285	Broschüre: Bildungspolitik	14.500
5287	Broschüre: Politik der aktiven Friedenssicherung	2.120
5315	Broschüre: Sportprogramm der CDU	6.900
5352	Broschüre: Die SPD als Regierungspartei - Schlußbilanz	3.100
5365	Broschüre: Arbeit schaffen	4.350
5366	Broschüre: Frieden sichern	19.650
5371	Broschüre: Umwelt schützen	9.050
5372	Broschüre: Ausländer in Deutschland	9.950
5380	Broschüre: Die Rotgrünen	9.350
5389	Broschüre: Das soziale Netz erneuern	9.300
5394	Broschüre: Innere Sicherheit	7.700
5396	Broschüre: Der Freiheit verpflichtet	5.450
5406	Broschüre: Recht sichert Freiheit	6.750
5410	Broschüre: Mieter schützen	7.600
5537	Broschüre: Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft	3.960
5540	Broschüre: Leitlinien zur Jugendhilfe	13.810
5586	Broschüre: Unsere Agrarpolitik	4.050
5596	Broschüre: Politik für den Mittelstand	7.150
5604	Broschüre: Die Grünen	32.450
5606	Broschüre: Entwicklung, Partnerschaft, Solidarität	1.550
5607	Broschüre: Boden und Landschaft	1.300
5778	Broschüre: Stuttgarter Leitsätze	19.050
5892	Broschüre: Gesundheitspolitisches Programm	4.410

**Anleitungen und Materialien zur Parteiarbeit**

0148	Anstecknadel, blau mit CDU-Signet	17.525
0155	Anstecknadel mit Silberkranz	11.180

0245	Ehrenurkunde 30 Jahre	4.410
0247	Mappe für Ehrenurkunde	9.125
0264	Anstecknadel mit Silberkranz und Sicherheitsnadel (Damen)	2.250
0316	Willkommen-Scheckheft für Neumitglieder	18.825
0396	Ehrenurkunde 25 Jahre	6.575
0397	Ehrenurkunde neutral	12.350
0534	Anstecknadel Erkennungszeichen	41.500
2871	Mitgliederwerbeprospekt	107.900
3092	Aktionshandbuch Frauen	1.850
3272	Ortsverbandshandbuch	7.757
4094	Regiebuch Mitgliederwerbung	1.580
4177	Regiebuch Wahlkampf	2.050
4320	Regiebuch Kommunalwahlkampf	250
4369	Regiebuch Pressearbeit	2.590
4395	Regiebuch Vorpolitischer Raum	1.500
4473	Regiebuch Großstadtarbeit	1.100
4488	Video-Film: CDU-Die große deutsche Volkspartei	395
4495	Regiebuch Öffentliche Veranstaltungen	950
4800	Regiebuch CDU-Zeitung	300
4801	Regiebuch Kritisches Fernsehen	850
4802	Regiebuch CDU-Ideenbuch	1.025
9413	Ringordner für die Ortsverbandsarbeit	1.036

#### Poster, Plakate, Rahmenmaterialien

1107	Rahmenflugblatt DIN A 4, schwarz-rot-gold	210.000
1517	Rahmenflugblatt, 2 Nutzen DIN A 5, quer	261.000
1521	Rahmenflugblatt Zur Sache, DIN A 4	238.000
2324	Rahmenplakat Frauenvereinigung DIN A 1	1.250
8000	Rahmenplakat DIN A 0	13.810
8001	Rahmenplakat DIN A 1	38.900
8002	Rahmenplakat DIN A 2	11.200
8003	Rahmenwandzeitung DIN A 2 quer	1.550
8004	Rahmenwandzeitung DIN A 2 quer, schwarz-rot-gold	2.700

### 3.2. Bildschirmtext

Seit dem 05. Februar 1985 ist die CDU an das Btx-Netz angeschlossen. Damit hat sich die CDU für ihre Öffentlichkeitsarbeit eine der neuen Entwicklungen auf dem Medienmarkt nutzbar gemacht. Neben aktuellen Meldungen zur Tagespolitik findet der Btx-Nutzer auf mehr als 500 Seiten im Programm der CDU Informationen über grundsätzliche Positionen der Partei zu allen wichtigen politischen Fragen.

Auf rund 80 Dialog-Seiten im Btx-Programm der CDU kann der Nutzer problemlos zusätzliche Informationen zu interessierenden Themen anfordern.

Besonderen Wert legt die CDU auf die aktuellen Text-Informationen, für die eine besondere Rubrik (Aktuelles) eingerichtet worden ist. Hier können z.B. Stellungnahmen der Partei zu aktuellen Ereignissen sofort abgerufen werden.

Inhaltsübersicht des Bildschirmtextprogramms der CDU-Bundesgeschäftsstelle

1. CDU-Aktuell
2. Wirtschaft, Arbeit, Finanzen
3. Familie, Bildung, Recht, Medien
5. Deutschland- und Außenpolitik
6. Mitglied werden
7. News für junge Leute/Quiz
8. Daten und Fakten über die CDU
9. Hier gibt's Info-Material
10. CDU in den Ländern

Das CDU-Programm kann unter der Btx-Nummer \*54411 abgerufen werden.



### 3.3. UiD

Der Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands „Union in Deutschland“ (UiD) erscheint wöchentlich und enthält Informationen und Argumentationshilfen zu allen wichtigen politischen Ereignissen. Außerdem informiert der UiD regelmäßig über das Angebot der Informations- und Werbematerialien der CDU-Bundesgeschäftsstelle und gibt Tips für die Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Verbände.

Jeder UiD enthält einen grünen Teil (Dokumentation), in dem ein aktuelles Thema ausführlich dokumentiert wird.

Bei Bedarf werden in einer gelben Beilage (CDU-extra) weitere Themen vertiefend dargestellt.

In einer von Zeit zu Zeit erscheinenden rosa Beilage (Öffentlichkeitsarbeit) werden die neuen Informations- und Werbemittel der Bundespartei vorgestellt und Aktionstips gegeben.

Alle drei Monate gibt es eine Gesamtübersicht der bestellbaren Werbematerialien.

Zur schnellen aktuellen Informationshilfe steht eine blaue Beilage (Sonderdienst) zur Verfügung.

In dem Zeitraum Mai 1983 bis einschließlich Februar 1985 sind erschienen:

59 CDU-Dokumentationen	(grüner Teil)
12 CDU-extra	(gelber Teil)
11 Öffentlichkeitsarbeit	(rosa Teil)
3 CDU-Sonderdienst	(blauer Teil)

Seit Januar 1985 wurden die Voraussetzungen für eine Regionalisierung des UiD geschaffen, so daß bereits für die Landtagswahlen im Saarland und in NRW Sonderbeilagen erscheinen konnten, die die Wahlkampfdienste der Landesverbände ersetzen. Für die Zeit der Wahlkämpfe wurde die Auflage in den betroffenen Landesverbänden erhöht.

Der UiD geht an ca. 30.000 Funktions- und Mandatsträger der Landes- und Kreisverbände. Darüber hinaus gibt es für alle CDU-Mitglieder die Möglichkeit, den UiD zu abonnieren.

### 3.4. Deutsches Monatsblatt

Die redaktionelle Verbesserung hinsichtlich größerer Lesbarkeit des Deutschen Monatsblattes wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Sie war zum einen geprägt durch den Wechsel der Druckerei; das verbesserte die Qualität des Druckes und macht seitdem auch den Druck von Farbfotos möglich. Davon wurde im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Solche Verbesserungsprozesse erstrecken sich bei einem Periodikum über eine längere Zeit, und sie werden fortgesetzt. Ziel ist, auch eine stärkere Regionalisierung unter Einbeziehung der einzelnen Landesverbände zu erreichen.

Mit den redaktionellen Verbesserungen setzte auch eine aktivere Beteiligung der Leser bzw. der Mitglieder ein. Die Zahl der Leserbriefe steigt ständig und erhöht die Möglichkeit des aktuellen Gedankenaustausches. Ein großer Erfolg sind inzwischen die in jeder Ausgabe erscheinenden Seiten geworden, auf denen über „Aktivitäten“ der Orts- und Kreisverbände berichtet wird. Im Vordergrund standen in den letzten Monaten dabei vor allem Berichte über Umweltfragen und Dritte-Welt-Aktionen.

Die Zusammenarbeit der Redaktion des Deutschen Monatsblattes mit der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit ist noch enger geworden. Hier findet ein kollegialer Austausch statt mit dem Erfolg, daß die von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit geplanten und produzierten Maßnahmen sehr breit den einzelnen Mitgliedern vorgestellt werden. Gemeinsam erarbeitete Aktionen dienen der Mobilisierung der Mitgliedschaft. Der im Rahmen des Europawahlkampfes veranstaltete Slogan-Wettbewerb brachte mehr als 2.650 Einsendungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Redaktion des Deutschen Monatsblattes und der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit dokumentierte sich auch in diesem Jahr in der gemeinsamen Produktion von CDU-extra. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden wechselseitig genutzt, um dieses Medium noch stärker als bisher einsetzen zu können.

### 3.5. Pressearbeit

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Widerhall in den Medien zu verhelfen. Die Mittel hierzu sind Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, schriftliche Pressemitteilungen (im Zeitraum Mai 1984 bis März 1985 ca. 345) sowie zahllose Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen. Hinzu kommen organisatorische Aufgaben wie zum Beispiel die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitagen, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU sowie die Beobachtung und gegebenenfalls Kommentierung der Aktivitäten gegnerischer Parteien. In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch das „Deutsche Monatsblatt“ und der Pressedienst der Partei, der „Deutschland-Union-Dienst“.

Neben ungefähr 35 offiziellen Pressekonferenzen im Berichtszeitraum sind in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße vertrauliche Hintergrundgespräche zu einem wichtigen Instrument der Informationspolitik geworden. Die Pressestelle hat sich diese Entwicklung zunutze gemacht, indem sie selber solche Gesprächskreise in Form eines Stammtisches für Bonner Parlamentskorrespondenten, eines Kreises für ausländische Korrespondenten und je nach Anforderung mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten organisierte. Davon fanden im vergangenen Jahr ca. 25 statt.

Im Europa-Wahlkampf 1984 wurden für zahlreiche in- und ausländische Journalisten Wahlkampfbegleitungen organisiert. Der Kontakt zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen und der Bundesregierung wird durch Sprechertreffen gepflegt. Die von der Pressestelle veröffentlichten Pressemitteilungen bemühen sich um kurze prägnante Darstellungen der Sachverhalte und versuchen bei aller notwendigen Klarheit polemische Schärfen zu vermeiden.

Der von nur zwei Redakteuren gestaltete „Deutschland-Union-Dienst“ hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst die vorjährige Auflage von 1.050 Exemplaren gehalten. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt 1.500 Exemplare. Der DUD wird in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als andere Parteidienste. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2.100 Exemplaren.

## 4. Organisation

### 4.1. Veranstaltungen

In dem Berichtszeitraum zwischen dem 31. und 33. Bundesparteitag fielen folgende Veranstaltungen:

24. - 26.5.1983	31. Bundesparteitag, Köln
27.9.1983	3. KAH-Gespräch, Bonn
08.11.1983	Friedenskongreß, Bonn
12.12.1983	Bundesausschuß, Bonn
10. - 12.2.1984	26. EAK-Bundestagung, Wuppertal, Stadthalle
20.2.1984	Bundesausschußsitzung, Bonn, KAH
27.2.1984	Kongreß „WACHSTUM, NEUE TECHNIK, ARBEIT - Europa in den 80er Jahren“, Bonn, KAH
03.3.1984	Regionalkonferenz Nord, Hamburg, CCH
10.3.1984	Regionalkonferenz LV Rheinland, Duisburg, Mercatorhalle
21.3.1984	Regionalkonferenz LV Saar, Saarbrücken, Johanneshof
24.3.1984	Regionalkonferenz LV Westfalen-Lippe, Borken, Stadthalle



30.3.1984	Regionalkonferenz LV Rheinland-Pfalz, Speyer, Stadthalle
31.3.1984	Regionalkonferenz CDU Niedersachsen (im Rahmen eines Landesparteitages), Cuxhaven, Kugelbarke-Halle
06.4.1984	Empfang anlässlich des 80. Geburtstages von Bundeskanzler a.D. Dr. Kurt Georg Kiesinger, Bonn, KAH
07.4.1984	Regionalkonferenz LV Baden-Württemberg, Böblingen, Kongreßhalle
05.5.1984	Europa-Festival „Mittelstand“, Aachen, Rathausplatz
08. - 11.5.1984	32. Bundesparteitag, Stuttgart, Hanns-Martin-Schleyer-Halle
12.5.84	Europa-Festival „Arbeitnehmer“, Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle
22.5.84	Sitzung der CDU/CSU-Fraktion in der Bundesversammlung anlässlich der Wahl des Bundespräsidenten
26.5.84	Europa-Festival „Frauen“, Köln, Messehallen
31.5.84	Europa-Festival „Jugend“, Saarbrücken, Deutsch-Französischer Garten
02.6.84	Europa-Festival „Kommunalpolitiker“ Hannover, Eilenriedehalle
17.6.84	Wahlparty zur Europawahl, Bonn, KAH
13.9.84	Empfang anlässlich des 60. Geburtstages von Frau Dr. Wex, Bonn, KAH
01.10.84	Bundesausschußsitzung in Berlin, Hotel Intercontinental
16.10.84	4. KAH-Gespräch „Umweltschutz Zwischen Romantik und Realismus - Welche Zukunft hat Deutschland als Industrienation?“, Bonn, KAH
13.11.84	Kongreß „Boden und Landschaft - Gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen“, Bonn, KAH
14.12.84	Festakt anlässlich des 70. Geburtstages von Bundespräsident a.D. Professor Dr. Karl Carstens Bonn, KAH
17.1.85	5. KAH-Gespräch - Aussteigen oder einsteigen? Wozu erziehen unsere Schulen?, Bonn, KAH
29.1.85	Hearing: „Frauenbeschäftigung und neue Technologien“, Bonn, KAH
07.2.85	Fachkongreß: „Neue Wege im Umweltschutz - Nordrhein-Westfalen lebenswert erhalten“, Dortmund, Westfalenhalle
25.2.85	6. KAH-Gespräch — Abschied von der Männergesellschaft? Frauen und Männer auf dem Weg zur neuen Partnerschaft, Bonn, KAH
27./28.2.85	Medienpolitischer Kongreß „Medien von morgen — Für Bürgerfreiheit und Meinungsvielfalt“, Mainz, Kurfürstliches Schloß

## 4.2. Bundesrednereinsatz

Im Berichtszeitraum fanden folgende Wahlkämpfe statt:

Wahl zur Bremer Bürgerschaft	25.09.1983
Landtagswahl Hessen	25.09.1983
Landtagswahl Baden-Württemberg	25.03.1984
Wahl zum Europäischen Parlament	17.06.1984
Landtagswahl Saarland	10.03.1985
Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin	10.03.1985
Landtagswahl Nordrhein-Westfalen (Vorausschau)	12.05.1985

In Abstimmung mit den CDU-Landesverbänden, und während des Europawahlkampfes auch mit der CSU-Landesleitung, wurde wieder ein zentral gesteuerter Bundesrednereinsatz durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle durchgeführt.

### **4.3. Parteiorganisation**

Die Gruppe Parteiorganisation umfaßt 10 Mitarbeiter, die neben den routinemäßigen Aufgaben im Jahre 1984 bei politischen Veranstaltungen und Wahlen wie

- der Wahl zum Europäischen Parlament
- dem 32. CDU-Bundesparteitag in Stuttgart
- den Landtags- und den Kommunalwahlen

mitgewirkt haben.

#### **Europawahlkampf**

Im Rahmen des Europawahlkampfes wurden wir im Bereich des PKW-, Fahrer- und Tonbuseinsatzes tätig. Außerdem wurden bei 8 Regionalkonferenzen und 5 Zielgruppenveranstaltungen Beschallungsmaßnahmen durchgeführt. Im Rahmen dieser Veranstaltungen wurde auch der Dekorationsbereich, die Reiseplanung und das Fernmeldewesen von der Gruppe Parteiorganisation bearbeitet.

Im Rahmen des Fahrereinsatzes für die Bundesredner wurden 25 PKW's mit Fahrern 612 mal eingesetzt. Hierbei ergab sich eine Fahrleistung von insgesamt 318.012 km. Die Tonbusse wurden 64 mal eingesetzt und legten 40.876 km zurück.

Zur Unterstützung im Europawahlkampf wurden den Gliederungen von uns produzierte Musikkassetten mit Europamelodien der Berlin-Big-Band kostenlos zur Verfügung gestellt.

#### **Bundesparteitag**

Wegen der besonderen Situation am Tagungsort (Schleyer-Halle) waren umfangreiche Vorbereitungen in der Raumplanung und Sicherstellung der technischen Voraussetzungen erforderlich.

9 Mitarbeiter der Gruppe Parteiorganisation haben am Bundesparteitag in Stuttgart teilgenommen, wobei das Schwergewicht der Aufgaben bei der Raumplanung, technischen Ausstattung, Dekoration, Bestuhlung, Fernmelde- und Posteinrichtungen und beim Fahrereinsatz lag.

#### **Union-Säle**

Durch Übereinkunft der Konrad-Adenauer-Haus KG und der CDU-Bundesgeschäftsstelle sind unserem Bereich in größerem Umfang Arbeiten der Kongreßtechnik für den Saal-Trakt und das übrige Haus zugewachsen.

Seit Übernahme dieses Aufgabenbereiches wurden bei über 120 Veranstaltungen im Konrad-Adenauer-Haus durch die Mitarbeiter im technischen Bereich mehr als 780 Dienststunden geleistet.

#### **Tonbuseinsätze**

Die 7 vorhandenen Tonbusse wurden kraftfahrzeugtechnisch in Abstimmung mit der Abteilung Verwaltung ständig gewartet, um die Einsatzbereitschaft zu gewährleisten.

Die tontechnische Ausstattung wurde durch Eigenleistung den Erfordernissen angepaßt. Außerhalb des Europawahlkampfes wurden die Tonbusse 103mal eingesetzt, wobei sie 22.305 km zurücklegten. Insgesamt ergaben sich einschließlich des Europawahlkampfes 167 Einsätze mit 63.181 Gesamtkilometern.

#### **Technische Hilfen**

Auf Bitte von Gliederungen und Vereinigungen wurden technische Hilfen durch Zurverfügungstellung von transportablen Beschallungseinrichtungen in 15 Fällen gewährt.

Im Zuge der Fernseh- und Videotechnik wurden die im Hause befindlichen Rekorder und TV-Geräte laufend gewartet und auftragsgemäß 88 Videokopien gefertigt.

#### **Sonderaktionen**

Als Hilfeleistungen für Landesverbände sind Direkt-Mail-Aktionen in Zusammenarbeit mit der Abt. Informatik und Informationsdienste sowie Organisationsberatungen durchgeführt worden.



## **Ressortübergreifende Arbeiten**

In Zusammenarbeit mit der HA Öffentlichkeitsarbeit und der Haustechnik wurden im Berichtszeitraum 21 Flugblätter produziert und versandt. Für den Verteilungsradius haben wir eine Auflage innerhalb der Gesamtpartei von ca. 16 Millionen Exemplaren ermittelt.

Es wurden mit der Abt. Informatik, Gruppe Entwicklung, zur Erstellung fachspezifischer Software zeitintensive Arbeiten geleistet. So z.B. für ein Raumreservierungsprogramm, ein spezielles Adressverwaltungsprogramm, ein Umfrageprogramm für die Ermittlung des Grades der Seniorenarbeit, Anpassungen des Tonbusprogramms sowie Vorbereitungsarbeiten für ein Auswertungsprogramm für die Organisations-Analyse.

## **Fernsprechverzeichnis**

Das Fernsprechverzeichnis der Bundesgeschäftsstelle wurde laufend gepflegt und im Berichtsjahr in einer Auflage von 650 Exemplaren mit 3 Veränderungen produziert und verteilt.

## **Organisation-Handbuch**

Die Fortschreibung und der Änderungsdienst des Organisations-Handbuches der CDU wurde 1984 mit 3 Nachlieferungen durchgeführt. Im Laufe des Jahres ergaben sich 2.625 Änderungen. Das Organisations-Handbuch erscheint in einer Auflage von 2.000 Exemplaren, wobei der Radius der Verteilung auch außerhalb der CDU liegt.

## **Organisations-Analyse**

Für die Gesamtpartei wurde auftragsgemäß mit einer Fortschreibung der Organisations-Analyse begonnen. Die in Absprache mit der Abt. Informatik EDV-gerecht aufgebauten Fragebogen wurden an die Gliederungen versandt und sind mit Stand 31.12.1984 zu über 70 % zurückgekommen, so daß 1985 mit der Auswertung begonnen werden kann.

## **Senioren-Union**

Die bereits 1983 nach einem Modellversuch aufgenommene Arbeit zur Gründung einer Vereinigung, die sich speziell dem Personenkreis der Senioren zuwendet, sind 1984 weitere Schritte eingeleitet worden. Nach der Entwicklung eines Themenkatalogs und eines Zeitplanes erfolgte nach Absprache mit der Landesgeschäftsführerkonferenz die Erhebung der Aktivitäten im Bereich der Seniorenarbeit bei den Verbänden. Das Ergebnis liegt vor und wird 1985 Grundlage für die Fortführung der Arbeiten zur Gründung einer Seniorenvereinigung sein.

## **Beratung**

Eine der wichtigen Aufgaben im Bereich der Parteiorganisation ist die Beratung der Gliederungen der CDU in Organisationsfragen. Hierbei haben sich mannigfaltige telefonische und schriftliche Kontakte ergeben. Allgemein ist eine Abstimmung bei der Beschaffung technischer Geräte und die organisatorische Umsetzung von Aktivitäten in den Gliederungen von bundesweitem Interesse.

Die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen auf der Grundlage von Problemstellungen in vielen Verbänden ist ein von der Bundesgeschäftsstelle erbrachter Beitrag zur Strukturverbesserung.

Im Rahmen der Kooperation mit befreundeten ausländischen Parteien wurden Organisationsberatungen durch Seminare und Informationsgespräche in Bonn durchgeführt. Fernerhin wurde durch schriftlichen Kontakt Unterstützung bei struktur- und wahlkampforganisatorischen Fragen geleistet.

## **4.4. Ausbau des CDU-Kommunikationsnetzes**

Im heutigen Zeitalter der technischen Revolutionierung und der fortschreitenden Computervernetzung macht der Prozeß des Durchdringens mit Mikroelektronik weder vor dem Privathaushalt noch vor Betrieben und Dienstleistungsorganisationen halt. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und dies gilt auch

für den politischen Markt — wird stark davon abhängen, wie man sich auf diesen Trend einstellt und wie er für die eigene Organisation genutzt wird. Dies belegt, wie wichtig der Aufbau eines leistungsfähigen Systems auch für die Arbeit und die Schlagkraft der CDU ist.

#### Aufgaben des CDU-Kommunikations-Netzes

Die Konzeption des Systems sieht vor, daß die Gliederungen der Partei mit eigenen Computersystemen ausgestattet sind und somit vor Ort autonom die anfallenden Arbeiten erledigt werden können. Dazu liefert die CDU-Bundesgeschäftsstelle kostenlos die notwendigen Programme und schult die Mitarbeiter. Die Kommunikation zwischen beliebigen Partnern des CDU-Netzes wird durch die Möglichkeiten der Datenfernübertragung gewährleistet. Mit dem eigenen System vor Ort können mit den entsprechenden Programmen Aufgaben aus den drei großen Bereichen Textverarbeitung, Datenverarbeitung und Datenfernübertragung erledigt werden.

#### Der gegenwärtige Ausbaustand

Die für den Aufbau des CDU-Kommunikations-Netzes wesentlichen Basisarbeiten sind inzwischen beendet:

- Die Pilotphase mit der Einarbeitung in die hard- und softwarespezifischen Bedingungen des Wang-Systems wurde abgeschlossen
- Die „ZMK“ wurde von IBM auf das Wang-System übernommen und wird zum „zentralen Datenpool“ erweitert. Die IBM-Anlage wurde abgebaut
- Die für die Bundesgeschäftsstelle und die Verbände notwendige Software ist im wesentlichen erstellt, getestet und im Einsatz

Inzwischen haben sich eine Reihe von Verbänden/Gliederungen dem CDU-Kommunikations-Netz angeschlossen bzw. sind Verträge abgeschlossen. So konnten bis Ende letzten Jahres 11 Landesverbände (alle außer Braunschweig und Oldenburg), ein Bezirksverband und 24 Kreisverbände in das CDU-Kommunikationsnetz integriert werden.

Darüber hinaus sind die CDA, die Junge Union, der RCDS Baden-Württemberg und die KPV mit Wang-Systemen ausgestattet. Im Bereich der Fraktionen sind neben der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fünf Landtags- bzw. Stadtratsfraktionen angeschlossen bzw. haben Verträge abgeschlossen.

#### Weitere Ausbaumaßnahmen

Zur Zeit laufen weitere Maßnahmen zur Vervollständigung des CDU-Kommunikationsnetzes:

- Die Einführung der Groß- und Kleinschreibung in der Zentralen Mitgliederdatei, die Programmierung der Schnittstelle zur Textverarbeitung für die Vorbereitung von Direct-Mail-Aktionen sind abgeschlossen. Die Vergabe neuer Mitgliedsnummern und der Druck neuer Ausweise ist in Vorbereitung
- Der Aufbau der CDU-Textinformationsdatenbank (inkl. Verwaltung der CDU-Videothek und der Btx-Texte) läuft seit Januar 1985
- Seit Herbst 1984 erfolgt die Einführung von Teletex als Kommunikations- und Datenfernübertragungsmedium im CDU-Netz
- Seit Mitte Januar 1985 bis zum Wahltermin 1987 erfolgt in einer Pilotphase die Erprobung von Bildschirmtext mit der Weiterentwicklung der Btx-Software
- Seit 01. Januar 1985 verfügt die CDU-Bundesgeschäftsstelle über ein Schulungszentrum für CDU-Mitarbeiter

Besondere Punkte der mittelfristigen Planung sind:

- Test und Vorbereitung des gesamten Netzes für den Bundestagswahlkampf 1987
- Intensive Schulung der Mitarbeiter im CDU-Bereich im Hinblick auf den Wahlkampf und die daraus resultierenden besonderen Anforderungen
- Verfeinerung und Weiterentwicklung der vorhandenen Software



- Eventueller kurzfristiger Anschluß der bis dahin noch nicht ausgerüsteten Kreisverbände

#### Vorteile des Systems

Die Vorteile eines eigenen Computer-Systems liegen auf der Hand und sind hier kurz aufgelistet:

- Die insgesamt zur Verfügung stehende Arbeitszeit kann sinnvoller genutzt werden, da rein mechanische Tätigkeiten (z.B. Mehrfacherstellung von Texten) vom System übernommen werden
- Damit steigt die Effizienz der Mitarbeiter, qualitativ kann bessere Arbeit geleistet werden
- Dadurch kann das Leistungsangebot nach außen verbessert und erhöht werden
- Durch die Anwendung der integrierten Text- und Datenverarbeitung werden Zielgruppenaktionen effizienter; durch die Möglichkeiten von Spenden- und Mahnaktionen kann sich auch die finanzielle Situation verbessern
- Durch die Kommunikation im Verbund und in vertikaler Richtung laufen die Informationsströme schneller und Reaktionen auf das aktuelle politische Geschehen können schneller erfolgen

#### Fazit:

Die Einrichtung eines eigenen Computer-Systems bringt für den einzelnen Verband wesentliche Vorteile, die sich in höherer Schlagkraft und breiterer Flexibilität niederschlagen. Im Verbundsystem kommen diese Vorteile der gesamten CDU bundesweit zugute. Langfristig kann damit der erhebliche organisatorische Vorsprung der CDU vor anderen Parteien gehalten bzw. noch weiter ausgebaut werden. Dies ist nicht zuletzt Voraussetzung für erfolgreiche Wahlkämpfe.

# IV. Mitgliederentwicklung

## 1. Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend

Seit Jahren fiel die jährliche Mitgliederbilanz der CDU – im Gegensatz zur SPD – bundesweit positiv aus:

Nachdem Helmut Kohl am 12. Juni 1973 den Parteivorsitz übernahm, erhöhte sich bis Dezember 1984 die Zahl der CDU-Mitglieder insgesamt um rund 73 Prozent von 422.968 auf 730.395.

Im Vergleich zum Jahresende 1971 hat sie sich – bei konstant positiven Veränderungsraten bis 1983 – sogar mehr als verdoppelt.

Im Jahre 1984 verlangsamte sich allerdings die positive Entwicklung und kam Mitte des Jahres zum Stillstand.

Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971  
(jeweils Jahresende)

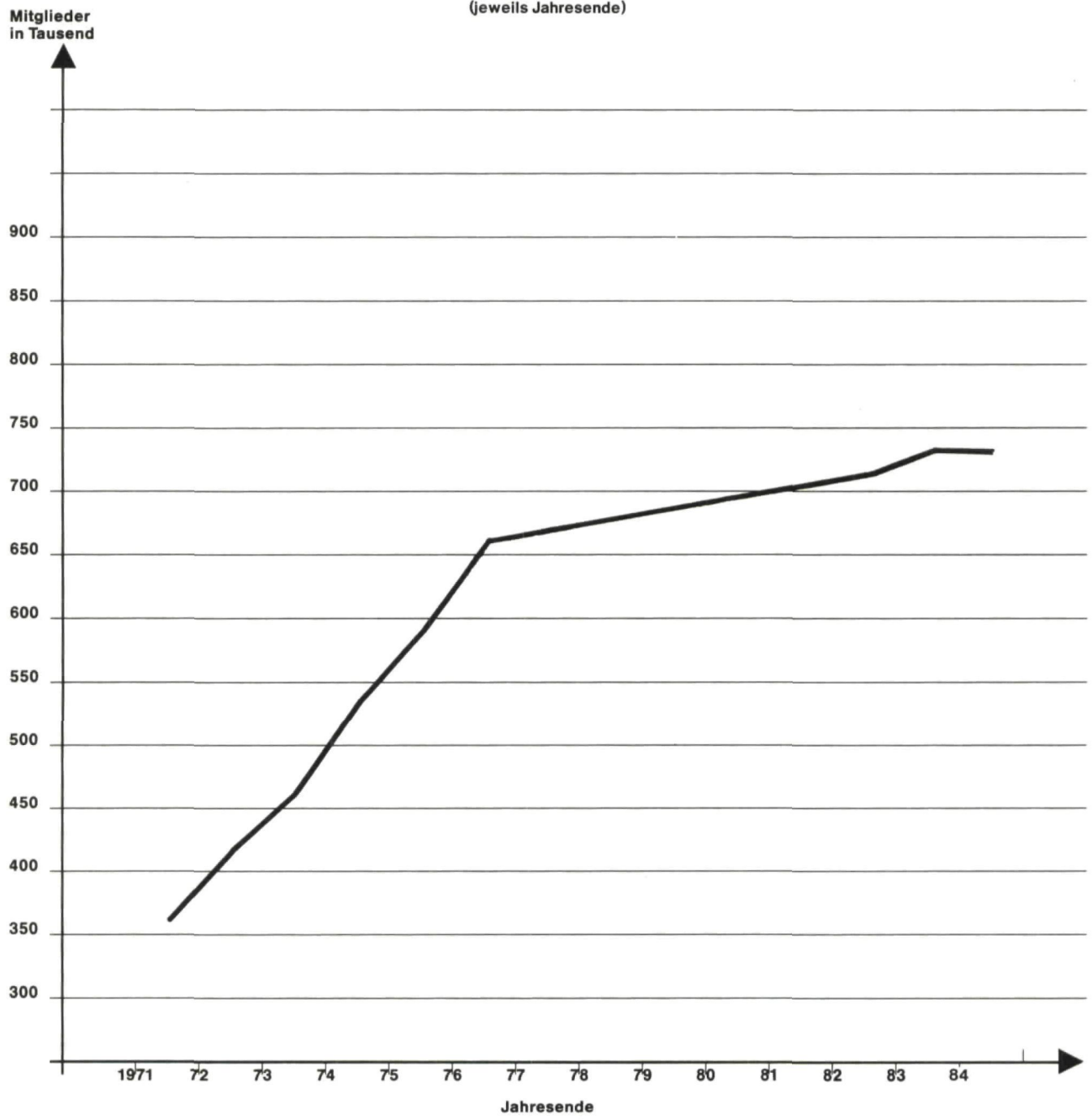
	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Mitglieder	355.745	422.968	457.393	530.500	590.482	652.010	664.214
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4	+ 1,8
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3	186,7

	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984
Mitglieder	675.286	682.781	693.320	705.116	718.889	734.555	730.395
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0	+ 2,2	- 0,6
Index 1971 = 100	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1	206,5	205,3



Entwicklung des CDU-Mitgliederbestandes  
1971 bis 1984  
(jeweils Jahresende)



## 2. Die Mitgliederentwicklung 1983/1984

Ende 1982 wurden 718.889 CDU-Mitglieder gezählt.

Bei Zuwachsraten (im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat) zwischen ° 2,1 Prozent und ° 3,3 Prozent stieg im Jahre 1983 die Zahl der Bundesbürger mit einem CDU-Parteibuch auf 734.555 im Dezember 1983.

Seit Herbst 1982 gingen die Wachstumsraten kontinuierlich nach oben: Im April und Mai 1983 wurden mit 3,3 Prozent die höchsten prozentualen Zuwächse seit 1977 erreicht.

Mit Beginn des Jahres 1984 gingen die Zuwachsraten – im wesentlichen wegen des Erreichens eines hohen Sättigungsniveaus – zurück.

Bei wechselnd positiven bzw. negativen Differenzen zum Vormonat wurden im Dezember 1984 weniger CDU-Mitglieder ausgewiesen wie im Dezember 1983.

Der Stand am 31.12.1984 entspricht in etwa der Mitgliederhöhe von März/April 1983.

Diese Entwicklung zeigt, wie wichtig es ist, daß die CDU mit in Kürze anlaufenden gezielten Mitgliederwerbemaßnahmen den hohen Stand von rund 730.000 Mitgliedern hält und die große natürliche Fluktuation ausgleicht.

### Mitgliederentwicklung 1982/1983 (jeweils Monatsende)

	1982					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	705.196	705.584	707.184	708.961	710.362	711.344
Diff.z.Vormonat	+ 80	+ 388	+ 1.600	+ 1.777	+ 1.401	+ 982
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5
	1982					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	711.622	711.677	712.924	715.343	717.670	718.889
Diff.z.Vormonat	+ 278	+ 55	+ 1.247	+ 2.419	+ 2.327	+ 1.219
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0
	1983					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	719.838	722.661	729.707	732.337	733.743	734.082
Diff.z.Vormonat	+ 949	+ 2.823	+ 7.046	+ 2.630	+ 1.406	+ 339
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2
	1983					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	734.484	734.147	734.458	735.031	735.070	734.555
Diff.z.Vormonat	+ 402	- 337	+ 311	+ 573	+ 39	- 515
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2



**Mitgliederentwicklung 1984**  
(jeweils Monatsende)

	1984					
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	734.361	735.406	736.277	736.370	736.258	736.121
Diff.z. Vormonat	- 194	+ 1.045	+ 871	+ 93	- 112	- 137
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3

	1984					
	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	736.187	735.695	735.276	734.555	732.813	730.395
Diff.z. Vormonat	+ 66	- 492	- 419	- 721	- 1.742	- 2.418
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,3	- 0,6

### 3. Die Struktur der CDU-Mitgliedschaft

Die Strukturanalyse zeigt im Vergleich der Mitglieder mit den fast 40.000 Neumitgliedern des Jahres 1984 einige wichtige Tendenzen zur weiteren Angleichung von Mitglieder- und Bevölkerungsstruktur:

- der Anteil der Frauen liegt mit 27% bei den Neumitgliedern deutlich höher als im gesamten Bestand,
- das Durchschnittsalter der neuen Mitglieder liegt mit 39 Jahren um fast 10 Jahre unter dem der gesamten Mitgliedschaft (48,7 Jahre),
- unter den Zugängen sind Katholiken und Selbständige weniger stark vertreten als insgesamt, so daß sich auch in diesen Gruppen eine weitere Angleichung an die Bevölkerungsdurchschnitte ergibt.

Bei den Abgängen aus dem CDU-Bestand ist festzustellen, daß die Bewegungen stark auf Mortalität und natürliche Fluktuation zurückzuführen sind:

- verstorben 18%
- organisatorische Gründe 32%
- soz. oder persönl. Gründe 11%
- politische Gründe 8%
- ohne Grundangabe 32%

Struktur der Mitglieder und Neumitglieder zum Jahresende 1984

	Mitglieder insges. %	Neumitglieder %
Männer	78,2	73,0
Frauen	21,8	27,0
- 24 Jahre	3,9	17,5
25 - 29 Jahre	4,9	10,5
30 - 39 Jahre	17,1	26,4
40 - 49 Jahre	29,4	26,2
50 - 59 Jahre	21,5	10,9
60 - 69 Jahre	12,6	5,2
70 Jahre u. älter	9,9	2,6
Durchschnittsalter	48,7 Jahre	39,0 Jahre

Struktur der Mitglieder und Neumitglieder zum Jahresende 1984

	Mitglieder insges. %		Neumitglieder %	
<b>Männer</b>				
- 29 Jahre	8,8		29,9	
30 - 59 Jahre	69,9		63,7	
60 Jahre u. älter	20,8		5,7	
Durchschnittsalter	48,3 Jahre		37,9 Jahre	
<b>Frauen</b>				
- 29 Jahre	8,8		22,9	
30 - 59 Jahre	61,4		62,6	
60 Jahre u. älter	29,2		13,7	
Durchschnittsalter	50,0 Jahre		41,9 Jahre	
evangelisch	34,4		35,5	
katholisch	59,0		54,7	
Selbst./Mith. 1)	24,5	(32,6)	20,5	(31,0)
Arbeiter	10,1	(13,5)	9,0	(13,6)
Angestellte	28,1	(37,4)	27,1	(40,9)
Beamte	12,4	(16,5)	9,6	(14,5)

1) in Klammern: Anteil an den Erwerbstätigen, Summe § 100%



